

**Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und
Friedensforschung**

Nr. 51

Frieden braucht Fachleute

Dokumentation des Begleitprogramms zur Ausstellung
in Tübingen im November 2007

**Abteilung für Internationale Beziehungen / Friedens- und Konfliktforschung
Institut für Politikwissenschaft
Eberhard-Karls-Universität Tübingen**

Adresse: Melanchthonstr. 36, D-72074 Tübingen

Telefon: +49 (0)7071 29-78372

Fax: +49 (0)7071 29-2417

E-mail: ifp.irarchive@uni-tuebingen.de

Homepage: <http://www.uni-tuebingen.de/ib>

Copyright bei den jeweiligen Autoren: Benjamin Boy, Gernot Erler, Nadine Heptner, Winfried Nachtwei, Thomas Nielebock, Martin Quack, Volker Rittberger, Alexandra Rohde, Anne Romund, Friederike Thoenes, Johannes Vüllers, Jürgen Wagner, Walburg Werner

Tübingen 2008

ISBN 978-3-927604-48-3

Herausgeber: Andreas Hasenclever, Volker Rittberger

Redaktion: Anne Romund, Hanna Scheck

Inhaltsverzeichnis

1	Danksagung	1
2	Einleitung „Frieden Braucht Fachleute“ <i>(Martin Quack)</i>	2
3	Eröffnungsveranstaltung „Zivilmacht Deutschland – Macht des Zivilen?“ Perspektiven für Zivile Konfliktbearbeitung und ihre Einbettung in eine sicherheitspolitische Gesamtstrategie	5
3.1	Grußwort zur Eröffnung <i>(Volker Rittberger)</i>	6
3.2	Gastvortrag „Zivilmacht Deutschland – Macht des Zivilen?“ <i>(Gernot Erler)</i>	9
3.3	Leserbriefe und Reaktionen	15
3.3.2	Leserbriefe	15
3.3.3	Brief an das Forum ZFD <i>(Winfried Nachtwei)</i>	17
4	Schulveranstaltungen <i>(Friederike Thoenes)</i>	19
4.1	Workshop „Interaktive Ausstellungsbesichtigung“	19
4.2	Kunstwettbewerb „Krieg wird von Menschen gemacht – Frieden auch“	20
5	Kulturelle und politische Veranstaltungen	21
5.1	Theaterstück „Der Gott des Gemetzels“ <i>(Johannes Vüllers)</i>	21
5.2	Debatte „Bundeswehr – Raus aus Afghanistan“ <i>(Anne Romund)</i>	22
5.3	Stadtführung „Krieg und Frieden am Beispiel und im Stadtbild einer (deutschen) Stadt wie Tübingen“ <i>(Thomas Nielebock)</i>	23
5.4	Vortrag „Promote Peace Education – Versöhnung Heute“ <i>(Nadine Heptner)</i>	26
6	Tagung „Berufsfelder für zivile Friedensfachleute“ <i>(Alexandra Rohde)</i>	27
7	Podiumsdiskussion „Zivilisten an die Front? – Anspruch und Wirklichkeit ziviler Konfliktbearbeitung.“ <i>(Benjamin Boy & Anne Romund)</i>	29

1 Danksagung

Das Tübinger Organisationsteam des Begleitprogramms zur Ausstellung „Frieden braucht Fachleute“ bestehend aus:

Lilli Banholzer, Benjamin Boy, Ingrid Hack, Nadine Heptner, Katrin Knauder, Sven Luithardt, Dr. Thomas Nielebock, Martin Pietsch, Linda Poppe, Martin Quack, Alexandra Rohde, Anne Romund, Regina Schachtner, Verena Schmidt, Christel Sonnenkalb, Marie-Theres Stengel, Friederike Thoenes, Johannes Vüllers, Esther Werth,

bedankt sich recht herzlich:

bei „dieGesellschafter“ der Aktion Mensch, dem Evangelischen Entwicklungsdienst, dem Förderverein des Instituts für Politikwissenschaft (Polis e.V.) und der Deutschen Stiftung Friedensforschung für die finanzielle Unterstützung,

bei der Evangelischen Stiftskirchengemeinde Tübingen, insbesondere Eva Arnold-Schaller, Pfarrer Dr. Karl-Theodor Kleinknecht und dem Hausmeister des Gemeindehauses Lamm am Markt Hartmut Theurer, beim Landestheater Tübingen und insbesondere bei Inge Zeppenfeld und bei den Schauspielern des Stücks „Der Gott des Gemetzels“, bei der Tübinger Streitkultur e.V., beim Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V., beim „Stadtführer“ Dr. Wolfgang Rug und bei den Jugendgemeinderäten Caren Niemann und Max Bohley für die erfolgreiche Zusammenarbeit,

bei Prof. Dr. Volker Rittberger, Staatsminister im Auswärtigen Amt Gernot Erler, MdB, und Iris Smidoda, für ihre Redebeiträge zur Eröffnung,

bei Dr. Till Rüter, Botschafter Friedrich Däuble, Dr. Andreas Heinemann-Grüder, Dr. Matthias Ries, Rainer Arnold, MdB, und Steffen Emrich, für die lebhafte Podiumsdiskussion zum Abschluss der Veranstaltungsreihe,

bei Benjamin Kummer für die Gestaltung des Internetauftritts www.frieden-tuebingen.de,

bei Lisa Stengel und Andreas Fischer von der Tübinger Jazzband „Las Lanzas Coloradas“ für die hervorragende musikalische Begleitung zur Eröffnung,

bei allen TeilnehmerInnen und ReferentInnen der Tagung „Berufsfelder für zivile Friedensfachleute“, insbesondere bei Anna Ammon, Jens Behrendt, Steffen Emrich, Claudia Frank, Dr. Matthias Ries, Prof. Dr. Volker Rittberger, Christina Schmidt und Carmen Wicharz,

bei allen teilnehmenden SchülerInnen des Kunstwettbewerbs, bei allen freiwilligen HelferInnen für die Beaufsichtigung der Ausstellung, bei allen BesucherInnen der Ausstellung und der Veranstaltungen und bei den (Leser-)BriefschreiberInnen Winfried Nachtwei, Jürgen Wagner und Walburg Werner für ihre Beteiligung an der Diskussion über Zivile Konfliktbearbeitung.

2 Einleitung „Frieden braucht Fachleute“

(Martin Quack)

„Frieden braucht Fachleute“ – Diese politische Forderung wird vom Forum Ziviler Friedensdienst e.V. in seiner Ausstellung gestellt. Das Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen kommt ihr mit seinem Lehrangebot im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung nach. Beide Aspekte des Postulats „Frieden braucht Fachleute“ wurden im November 2007 in Tübingen erfolgreich verbunden.

Zivile Konfliktbearbeitung

Fachleute für Frieden sind vor allem in internationalen bzw. transnationalen Friedenseinsätzen tätig. Zivile Friedenseinsätze sind Teil einer politischen Entwicklung, die (in Deutschland) als „Zivile Konfliktbearbeitung“ bezeichnet wird. Zivile Konfliktbearbeitung ist keineswegs auf so genannte „Konfliktgebiete“ beschränkt, sondern bezieht sich auf alle Gesellschaften:

„Gewaltanwendung auszuschließen, obwohl sich soziale Konflikte nicht verhindern lassen und notwendig für gesellschaftlichen Wandel sind, ist das übergeordnete Ziel ziviler Konfliktbearbeitung. Dafür haben sich in modernen Gesellschaften die unterschiedlichsten Methoden, Instrumente und Verfahren herausgebildet. Hierzu gehören die gesellschaftliche Anerkennung von Regeln, Gesetzen und Gerichtsurteilen, die Etablierung eines staatlichen Gewaltmonopols sowie demokratische Verfahren, in denen frei gewählte Repräsentantinnen und Repräsentanten Mehrheitsentscheidungen herbeiführen.“¹

Durch eine kontinuierlich gewaltfreie Konfliktaustragung in einer Gesellschaft entsteht die Sicherheit, nicht ständig mit Gewalt konfrontiert zu sein. Gesellschaftliche Akteure können deshalb Konflikte eingehen, ohne mit Gewalt rechnen zu müssen. Zivile Konfliktbearbeitung bedeutet also die Existenz oder Entwicklung von Normen und Institutionen, die bei aktuellen und zukünftigen Konflikten Gewaltanwendung verhindern. Zivile Konfliktbearbeitung stellt die Bedeutung sowohl zivilgesellschaftlicher (nicht-staatlicher) Akteure als auch ziviler (nicht-militärischer) Mittel in den Vordergrund. Die Annahme ist, dass es in jeder Gesellschaft notwendigerweise Konflikte gibt, die es nicht etwa zu verhindern oder zu beenden und meistens auch nicht zu lösen, sondern gewaltfrei auszutragen gilt. Damit steht Zivile Konfliktbearbeitung in einer liberalen Tradition.

Verantwortlich für einen gewaltfreien Umgang mit Konflikten sind zunächst die jeweiligen Akteure, die Konfliktparteien. In vielen Fällen sind jedoch auch weitere Parteien beteiligt. In der Praxis wird Zivile Konfliktbearbeitung oft auf das Handeln externer (westlicher) Akteure verkürzt. Zivile Friedenseinsätze sind ein solcher „Spezialfall“ Ziviler Konfliktbearbeitung.

Obwohl es hier vor allem um diesen Spezialfall geht, wird deutlich, dass für Zivile Konfliktbearbeitung gesellschaftliches Engagement in doppelter Weise notwendig ist: Engagement in der eigenen Gesellschaft zum gewaltfreien Umgang mit Konflikten und gesellschaftliches Engagement für zivile Interventionen in anderen Gesellschaften.

¹ Weller, Christoph/Kirschner, Andrea 2005: Zivile Konfliktbearbeitung - Allheilmittel oder Leerformel? Möglichkeiten und Grenzen eines viel versprechenden Konzepts, in: Internationale Politik und Gesellschaft 11:4, S. 10-29.

Warum Tübingen?

Solch zivilgesellschaftlicher Einsatz in anderen Gesellschaften kann nicht Fachorganisationen in Bonn und Berlin überlassen werden, sondern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Nicht nur wegen des Schwerpunkts der hiesigen Politikwissenschaft auf Friedens- und Konfliktforschung, sondern auch aufgrund anderer Institutionen ist die Stadt Tübingen prädestiniert für eine kritische Unterstützung der Entwicklung von Ziviler Konfliktbearbeitung: Zu einschlägigen Organisationen wie dem Institut für Friedenspädagogik, der Stiftung Weltethos, der Gesellschaft Kultur des Friedens, der Informationsstelle Militarisation und dem Friedensplenum kommen engagierte Abgeordnete und ein „Mayor for Peace“. Diese Akteure kennzeichnen eine breit gefächerte lokale Infrastruktur für Zivile Konfliktbearbeitung.

Zudem können in Tübingen Studierende mit dem M.A. in „Friedensforschung und internationale Politik“ abschließen, womit sie für eine künftige Tätigkeit in diesem Bereich qualifiziert sind.

Zivile Friedenseinsätze

Der von Entwicklungs- und Friedensorganisationen getragene Zivile Friedensdienst (ZFD) entsendet bzw. vermittelt Fachleute für mehrere Jahre zur Unterstützung lokaler Akteure in gewaltträchtigen Konflikten (www.ziviler-friedensdienst.org). Er ist weltweit tätig – inzwischen auch in Deutschland – und wird weitgehend von der Bundesregierung finanziert.

Nicht nur zivilgesellschaftliche Akteure bemühen sich verstärkt um Gewaltprävention und brauchen dafür Fachleute. Auch in internationalen Einsätzen der UNO, der OSZE und der EU werden immer mehr zivile Fachleute eingesetzt. Zu deren Auswahl und Ausbildung hat die Bundesregierung das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) geschaffen. Im Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ der Bundesregierung wird die Bedeutung ziviler Friedenseinsätze zwar betont, ist in der praktischen Politik der Bundesregierung jedoch weiterhin relativ gering – auch aufgrund des geringen gesellschaftlichen Interesses.

„Frieden braucht Fachleute“ – Ausstellung und Rahmenprogramm

„Es ist Zeit, nicht nur das Denken, sondern auch das Handeln zu verändern. Die Ausstellung 'Frieden braucht Fachleute' will dazu beitragen, will Ideen geben, will eine neue Perspektive aufzeigen, will bekannt machen, was heute bereits möglich ist und jeden Tag von engagierten Frauen und Männern geleistet wird.“

So formuliert das Forum Ziviler Friedensdienst e. V. den Zweck seiner Ausstellung, die über die Arbeit ziviler ExpertInnen mit Hintergrundinformationen und Beispielen informiert. Das Forum Ziviler Friedensdienst e. V. ist ein Zusammenschluss von 42 Organisationen und vielen Einzelpersonen zur Entwicklung und Umsetzung des Zivilen Friedensdienstes.

Bilder von Krieg und Gewalt prägen die Darstellung von Konflikten in den Medien.

Die vom Auswärtigen Amt geförderte Ausstellung setzt andere Bilder dagegen.



Sie stellt Menschen vor, die sich für Zivile Konfliktbearbeitung weltweit einsetzen. Sie schildert konkrete Beispiele und informiert über gewaltfreie Konfliktbearbeitungsstrategien. Neben Friedensfachkräften des Zivilen Friedensdienstes werden Personen im Dienst der OSZE, der Polizei und der Vereinten Nationen vorgestellt.

Die Ausstellung wurde vom 10. bis 25. November 2007 im Zentrum der Tübinger Altstadt, im Gemeindehaus Lamm am Markt, gezeigt. Begleitend zur Ausstellung wurde ein umfangreiches Rahmenprogramm durchgeführt, das Zivile Konfliktbearbeitung und zivile Friedenseinsätze aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtete. Zur Eröffnung der Ausstellung am 10.11.2007 hielt der Staatsminister im Auswärtigen Amt und MdB Gernot Erler einen Vortrag zum Thema „Zivilmacht Deutschland – Macht des Zivilen? Perspektiven für die zivile Konfliktbearbeitung und ihre Einbettung in eine sicherheitspolitische Gesamtstrategie“. Darüber hinaus führte Iris Smidoda vom Forum Ziviler Friedensdienst e. V. in den Zivilen Friedensdienst und die Inhalte der Ausstellung ein.

Zum Abschluss der Ausstellung am 23.11.2007 fand eine Podiumsdiskussion mit dem Thema „Zivilisten an die Front? Anspruch und Wirklichkeit der Zivilen Konfliktbearbeitung oder Sinn und Unsinn von zivil-militärischer Zusammenarbeit“ statt. Diskutanten unter der Leitung des Journalisten Dr. Till Rüger waren Botschafter Friedrich Däuble, Beauftragter für Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung im Auswärtigen Amt, Dr. Andreas Heinemann-Grüder (Bonn International Center for Conversion), der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Arnold, MdB, Steffen Emrich (Friedensfachkraft) sowie Dr. Matthias Ries (Deutscher Entwicklungsdienst).

Außerdem wurde für SchülerInnen ein Kunstwettbewerb unter dem Motto „Krieg wird von Menschen gemacht, Frieden auch“ ausgeschrieben, der zur aktiven Auseinandersetzung mit dem Thema Frieden anregen sollte. Die Kunstwerke wurden parallel zur Ausstellung im Gemeindehaus Lamm gezeigt und prämiert. Des Weiteren fanden spezielle Führungen durch die Ausstellung und Workshops für Schulklassen aus dem Landkreis statt. Zur Vorbereitung und bei der Durchführung der Workshops wurden die Veranstalter von Referenten des Deutschen Entwicklungsdienstes unterstützt.

Das kulturelle Rahmenprogramm umfasste außerdem:

- im Anschluss an das Theaterstück von Yasmina Reza „Der Gott des Gemetzels“ ein fiktives Vermittlungsgespräch mit Mitgliedern des LTT und dem Institut für Politikwissenschaft, am 15.11.2007,
- eine Debattierveranstaltung in Kooperation mit der Tübinger Streitkultur e.V. zur Frage „Bundeswehr – Raus aus Afghanistan?“, am 16.11.2007,
- eine Stadtführung mit Dr. Wolfgang Rug zum Thema „Krieg und Frieden am Beispiel und im Stadtbild einer (deutschen) Stadt wie Tübingen“, am 18.11.2007,
- eine Veranstaltung des Instituts für Friedenspädagogik Tübingen e.V. zum Thema „Promote Peace Education – Versöhnung heute“, bei der Prof. Dr. Horst Eberhard Richter den Hauptvortrag hielt und das LTT-Ensemble die Friedensherausforderung heute in Szene setzte, am 18.11.2007.

Am letzten Ausstellungswochenende (23.11./24.11.2007) veranstaltete die Deutsche Stiftung Friedensforschung in Zusammenarbeit mit dem Forum Ziviler Friedensdienst

e.V. und dem Institut für Politikwissenschaft eine Tagung zum Thema „Berufsfeld Ziviler Friedensdienst“, an der die Studierenden und Lehrenden der in Deutschland angebotenen einschlägigen Masterstudiengänge aus dem Bereich der Friedensforschung teilnahmen. Organisationen der Zivilen Konfliktbearbeitung und Friedensfachkräfte ermöglichten den Studierenden einen Einblick in die Praxis der Zivilen Konfliktbearbeitung.

Träger des Ausstellungsprojekts waren Studierende und Lehrende des Instituts für Politikwissenschaft in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Stiftskirchengemeinde Tübingen und dem Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V. Unterstützt wurde das Ausstellungsprojekt von POLIS e.V., dem Förderverein der Politikwissenschaft in Tübingen. Die Finanzierung erfolgte über Drittmittel durch „dieGesellschafter“ der Aktion Mensch, den Evangelischen Entwicklungsdienst und die Deutsche Stiftung Friedensforschung.

3 Eröffnung „Zivilmacht Deutschland – Macht des Zivilen? Perspektiven für Zivile Konfliktbearbeitung und ihre Einbettung in eine sicherheitspolitische Gesamtstrategie“

Am Samstag, den 10. November 2007, wurde die Ausstellung „Frieden braucht Fachleute“ im Gemeindehaus Lamm am Markt in Tübingen eröffnet. Die Eröffnung markierte den Beginn der zweiwöchigen Veranstaltungsreihe rund um das Thema Zivile Konfliktbearbeitung, das sich zugleich in die ökumenische Friedensdekade der Tübinger Kirchengemeinden einfügte.

Nach der Begrüßung der rund 120 BesucherInnen durch Anne Romund vom Organisationsteam des Begleitprogramms der Ausstellung und durch Pfarrer Dr. Karl-Theodor Kleinknecht von der Evangelischen Stiftskirchengemeinde Tübingen, sprach Prof.



Dr. Volker Rittberger, Vorsitzender der Deutschen Stiftung Friedensforschung und Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen ein Grußwort (s. 3.1).

Der darauf folgende Gastvortrag von Gernot Erler, Staatsminister im Auswärtigen Amt und MdB, bildete den Höhepunkt der Veranstaltung (s. 3.2). Gernot Erler legte dar, was die Bundesregierung bisher geleistet hat, um die zivile Konfliktbearbeitung stärker in ihre Politik zu integrieren und welche komplexen Erfordernisse sich in aktuellen Friedensmissionen ergeben. Im Anschluss an seine Rede stellte sich Gernot Erler den kritischen Fragen des Publikums.

Schließlich sprach Iris Smidoda in ihrer Funktion als Vorstandsmitglied des Forum Ziviler Friedensdienst und führte in die Inhalte der Ausstellung ein.

Für die musikalische Begleitung sorgte die Tübinger Jazzband „Las Lanzas Coloradas“ mit Lisa Stengel und Andreas Fischer. Beim abschließenden Sektempfang nutzten die BesucherInnen die Gelegenheit zum Gespräch und zur Besichtigung der Ausstellung. Die Eröffnung der Ausstellung bildete insgesamt einen gelungenen Auftakt für die gesamte Veranstaltungsreihe. Sie stieß zudem in der Tübinger Lokalpresse eine intensive Debatte über Sinn und Unsinn von zivil-militärischer Zusammenarbeit in Friedensmissionen an (s. 3.3).

3.1 Grußwort zur Eröffnung

(Volker Rittberger)

Sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Gernot Erler, sehr geehrter Frau Bundestagsabgeordnete Hänsel, sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete Neuenhaus, sehr geehrte Frau Smidoda, liebe Studierende, meine sehr geehrten Damen und Herren,



zunächst möchte ich meinen beiden Vorrednern, Frau Romund und Herrn Pfarrer Kleinknecht, für ihre einführenden Worte danken.

Sowohl als Leiter der Abteilung „Internationale Beziehungen/ Friedens- und Konfliktforschung“ des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Tübingen als auch als Vorsitzender der Deutschen Stiftung Friedensforschung freue ich mich sehr, dass die Ausstellung „Frieden braucht Fachleute“, die vom Forum Ziviler Friedensdienst konzipiert und deren Erstellung vom Auswärtigen Amt gefördert wurde, hier in Tübingen gezeigt werden kann.

Ganz besonders freue ich mich über den Besuch des Staatsministers im Auswärtigen Amt und des Mitglieds des Stiftungsrates der Deutschen Stiftung Friedensforschung, Herrn Gernot Erler, der sich dankenswerterweise bereit erklärt hat, mit einem Gastvortrag diese Ausstellung zu eröffnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die zivile Dimension der Bearbeitung friedensgefährdender oder bereits gewalttätiger Konflikte – von der Krisenprävention über die Friedensschaffung und Friedenserhaltung bis hin zu einer nachhaltigen Friedenskonsolidierung – hat in den letzten Jahren immer mehr Aufmerksamkeit auf sich gezogen – kein Wunder angesichts der wiederkehrenden Unzulänglichkeiten eines vor allem auf militärische Einsatzkräfte gestützten Konfliktmanagements.

Zugleich fehlt es jedoch an einer friedens- und sicherheitspolitischen Gesamtstrategie, in die „Zivile Konfliktbearbeitung“ als fester und nicht nur nachgeordneter Bestandteil integriert ist.

Spätestens mit dem Ende des Ost-West-Konflikts lässt sich ein qualitativer Wandel von gewalttätigen Auseinandersetzungen beobachten. Die klassische Form der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Staaten wurde zunehmend überlagert oder verdrängt von innerstaatlichen oder regionalen, grenzübergreifenden Gewaltkonflikten. Deren Hauptakteure sind immer seltener Staaten mit regulären Streitkräften. Es sind vorwiegend nicht-staatliche Akteure wie Rebellen-, Guerilla- und Partisanengruppen – ebenso wie transnationale terroristische Vereinigungen und transnational organisierte kriminelle Gruppierungen –, die die aktuellen Gewaltkonflikte prägen und unter deren Gewaltanwendung in erster Linie die Zivilbevölkerung leidet.

Dieser qualitative Wandel von Gewaltkonflikten hat auch zu einem Wandel des Sicherheitsbegriffs geführt. Stand lange Zeit der Schutz des Staates vor äußeren Bedrohungen durch andere Staaten im Vordergrund, so rückt im Leitbild der „menschlichen Sicherheit“ der Schutz des Individuums vor existentiellen Bedrohungen in den Mittelpunkt. Dabei handelt es sich um den Schutz der Menschen nicht nur vor physischer Gewalt („freedom from fear“), sondern auch vor sozialer und wirtschaftlicher Not ebenso wie vor Umweltbedrohungen („freedom from want“).

Dies hat Konsequenzen für das Konzept einer nachhaltigen Friedenspolitik. Sie darf sich nicht mehr nur auf eine von militärischem Konfliktmanagement dominierte Sicherheitspolitik beschränken, sondern sie muss auch auf die parallel laufende Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen sowie effektiver und verantwortlicher Regierungsführung ausgerichtet sein – mithin und vor allem entwicklungspolitische Aspekte einbeziehen –, um so die Bedingungen zu schaffen, die eine verlässliche, gewaltfreie Konfliktbearbeitung ermöglichen.

Hier erweist sich die Expertise zivilgesellschaftlicher Akteure als unverzichtbar, um die Vielfalt von Aufgaben der Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften – vom Wiederaufbau bis zur Versöhnungsarbeit – effektiv zu erfüllen. Gerade eine starke zivilgesellschaftliche Komponente kann dazu dienen, die von Gewaltkonflikten heimgesuchten Menschen auf lokaler Ebene in den Aufbau friedensfördernder Strukturen mit einzubeziehen, so dass sie aktiv am Friedensprozess teilhaben können („local ownership“).

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

zivile Friedensarbeit, wie die Ausstellung „Frieden braucht Fachleute“ des Forum Ziviler Friedensdienst zeigt, kann und sollte von ausgebildeten Fachleuten – Friedensfachkräften – geleistet werden. Die wissenschaftliche und praxisorientierte Ausbildung dieser Fachkräfte ist ein entscheidender Faktor für eine Erfolg versprechende zivile Friedensarbeit. Während die Bundeswehr an ihren Universitäten in München und Hamburg ihren Führungsnachwuchs für den Einsatz *mit* Waffen in Friedensmissionen ausbildet, stellt sich die Frage: Wo und wie können und sollen zivile Friedensfachkräfte für den Friedensdienst *ohne* Waffen ausgebildet werden?

Hier sind die Universitäten sowohl in der Forschung als auch in der Lehre gefordert.

Aufgabe der Friedens- und Konfliktforschung ist es, die Ursachen von Krieg und anderen Formen von Gewaltkonflikten ebenso wie die Bedingungen von stabilem Frieden zu untersuchen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf drei Kernbereichen: Erstens muss die Friedens- und Konfliktforschung Ursachen, Eskalationspfade und Folgeprobleme friedensgefährdender Konflikte systematisch herausarbeiten. Zweitens muss sie Instrumente und Verfahren für Gewaltverhinderung beziehungsweise Gewaltminde-

rung entwickeln und bereitstellen, um so den Einsatz Dritter z.B. als Vermittler zu optimieren. Und drittens sollte sie zur Entwicklung internationaler Strategien und Institutionen beitragen, die eine Zivilisierung von Politik, d.h. eine Institutionalisierung des gewaltfreien und konstruktiven Konfliktaustrags ermöglichen.

Auf der Basis dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse kann und sollte an den Universitäten der Friedensfachkräfte-Nachwuchs ausgebildet und gefördert werden. Die friedenswissenschaftliche Kompetenz von Studierenden muss gestärkt werden, um sie fit für die gekonnte Friedensarbeit zu machen.

Darüber hinaus sollten außeruniversitäre Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Als Beispiel sei hier die vom Forum Ziviler Friedensdienst gegründete „Akademie für Konflikttransformation“ genannt. Sie bietet weiterführende und praxisorientierte Qualifizierungsmöglichkeiten für angehende Friedensfachkräfte. Schwerpunkt der Nachwuchsförderung für die „Zivile Konfliktbearbeitung“ muss also die Vernetzung friedenswissenschaftlicher Forschungsansätze mit der Bereitstellung wissenschaftlich fundierter und praxisorientierter Studiengänge sowie weiterführender Ausbildungsangebote sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Gastaufenthalt dieser Ausstellung in Tübingen zeigt, dass Lehre und Forschung in diesem Bereich durchaus Früchte tragen. Es ist in erster Linie den Studierenden des Masterstudiengangs „Friedensforschung und Internationale Politik“ an der Universität Tübingen zu verdanken, dass diese Ausstellung in Tübingen gezeigt werden kann.

Neben der Organisation der Ausstellung haben die Studierenden auch ein vielfältiges Rahmenprogramm entworfen, das Beachtung und Anerkennung verdient.

Die kommenden zwei Wochen werden ganz im Zeichen des Friedens und der Friedensarbeit stehen; sie bieten Veranstaltungen von beeindruckender Vielseitigkeit für unterschiedliche Zielgruppen. Seinen Abschluss wird der Veranstaltungszyklus am 23. und 24. November in einem Workshop zum Thema „Berufsfeld: Ziviler Friedensdienst“ finden, der von der Deutschen Stiftung Friedensforschung mitorganisiert und finanziert wird.

Diese Stiftung wurde im Jahr 2000 durch die damalige Bundesregierung mit Zustimmung des Deutschen Bundestages gegründet. Als unabhängige Fördereinrichtung ist es ihre Aufgabe, die Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland dauerhaft zu stärken. Aus diesem Grunde konzentriert sie ihre Förderung auf die von mir vorhin angesprochenen Kernbereiche der Forschung und Lehre mit betont friedenswissenschaftlicher Perspektive. Die Deutsche Stiftung Friedensforschung fördert vor allem Forschungsprojekte sowie insgesamt vier Masterstudiengänge – unter anderem auch den Tübinger Masterstudiengang „Friedensforschung und Internationale Politik“ –, Promotionsverbände und Stiftungsprofessuren. Ihr Ziel ist es, wissenschaftliche und ausbildungsbezogene Defizite im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung und der Friedensarbeit in Deutschland zu beheben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

der nun folgende Vortrag von Herrn Staatsminister Erler und die anschließende Diskussion bieten eine willkommene Gelegenheit zu prüfen, ob und inwiefern die „Zivilmacht Deutschland“ – trotz oder auch wegen der in jüngster Zeit zunehmenden Auslandseinsätze der Bundeswehr in den Krisenregionen dieser Welt – die Notwendigkeit

des zivilen Engagements für den Frieden als Kernbestandteil ihrer Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik erkannt und in eine friedens- und sicherheitspolitische Gesamtstrategie integriert hat.

Herr Erler wurde 1944 in Meißen geboren und ging in Berlin-Steglitz zur Schule. Er studierte Geschichte, Slawistik und Politikwissenschaft zunächst an der Freien Universität Berlin und dann an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, wo er 1967 das Staatsexamen für das Höhere Lehramt an Gymnasien ablegte.

Nach seinem Studium war er zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für osteuropäische Geschichte der Universität Freiburg tätig und wechselte später in das Verlagswesen, wo er als Verlagsredakteur und Verlagsleiter am Aufbau des Dreisam-Verlags maßgeblich beteiligt war.

Seit 1987 vertritt er ununterbrochen den Wahlkreis (282) Freiburg im Deutschen Bundestag und ist zu einem der profiliertesten Vertreter unseres Bundeslandes Baden-Württemberg in Berlin geworden.

Herr Erler verfügt nicht nur durch seine Tätigkeit als Staatsminister im Auswärtigen Amt über weitreichende Erfahrungen in der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Schon als stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender zuständig für Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik sowie für Menschenrechte in den Jahren 1998 bis 2005 war er aktiv-mitgestaltend am außenpolitischen Prozess Deutschlands beteiligt.

Lieber Herr Erler, wir wissen Ihre Teilnahme an der Ausstellungseröffnung sehr zu schätzen und danken Ihnen ganz herzlich für Ihr Kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Abschluss betonen, dass das Engagement der Studierenden Mut für die weitere Förderung der friedenswissenschaftlichen Lehre und Forschung macht.

Ich danke allen Studierenden, die an der Planung und Durchführung dieses Projekts beteiligt sind, ebenso wie meinem Kollegen Dr. Thomas Nielebock und Herrn Martin Quack, die den Studierenden hierbei mit Rat und Tat zur Seite standen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Allen einen angenehmen und aufschlussreichen Abend. Ich hoffe, dass Sie in den kommenden zwei Wochen auch noch an der einen oder anderen Veranstaltung des Rahmenprogramms teilnehmen werden.

3.2 Gastvortrag „Zivilmacht Deutschland – Macht des Zivilen ?“

(Gernot Erler)

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Rittberger, sehr geehrter Frau Bundestagsabgeordnete Hänsel, sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete Neuenhaus, sehr geehrte Frau Romund, sehr geehrter Herr Pfarrer Kleinknecht, sehr geehrte Frau Smidoda, liebe Studierende, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, mit Ihnen hier in Tübingen anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Frieden braucht Fachleute“ über deutsche Friedenspolitik diskutieren zu können. Seit sie im Jahr 2003 in Münster erstmals gezeigt wurde, hat die Ausstellung – und da muss ich sagen: leider – nicht an Aktualität verloren.

Die renommierte Nichtregierungsorganisation International Crisis Group, die seit Ende der 1990er Jahre Analysen und Lösungsvorschläge zu internationalen Konflikten liefert, identifiziert zur Zeit über 70 aktuelle oder potentielle Konfliktherde weltweit. In etwa 10 dieser Konfliktherde hat sich die Situation in den vergangenen Monaten nach Einschätzung der NRO weiter verschlechtert, darunter in Burundi, der DR Kongo und in Myanmar. Die Lage in rund 60 weiteren Krisenregionen der Welt – von Afghanistan bis Zimbabwe – ist mehr oder weniger unverändert besorgniserregend.

Seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist die Zahl der zwischenstaatlichen Kriege zwar weltweit zurückgegangen. An ihre Stelle sind aber vielfach innerstaatliche Konflikte getreten. Dabei wird in vielen Fällen der „Staat“ selbst zur Konfliktpartei. Oder es treten neben herkömmliche nationalstaatliche Armeen paramilitärische Einheiten, Rebellenorganisationen, terroristische Vereinigungen und kriminelle Banden, die in vielen Fällen mit unerhörter Brutalität und Grausamkeit vorgehen. Gerade auch gegen Zivilisten, Frauen und Kinder. Oft involvieren diese Konflikte Akteure in Nachbarstaaten und setzen damit über Grenzen hinweg ganze Regionen in Brand. Staatszerfall, Armut und Seuchen sind weitere dramatische Folgen, die die Sicherheit von Millionen von Menschen bedrohen. Direkt vor allem in Afrika. Indirekt aber auch bei uns: über transnationale Flüchtlingsströme, Waffenproliferation, grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und Terrorismus, den Zusammenbruch regionaler Märkte oder Umweltzerstörungen.

Die gegenwärtigen Kriege werden oft über sehr lange Zeit hinweg mit wechselnder Intensität ausgetragen. Dabei verschwimmen die drei traditionellen Konfliktphasen – die krisenhafte Phase, bevor es zum Ausbruch der Gewalt kommt, die eigentliche Kriegsphase, in der systematisch Gewalt eingesetzt wird, und die Phase der Friedenskonsolidierung nach formaler Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzung – immer stärker ineinander. Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung müssen daher ganzheitlich gesehen werden: So gehört zur Krisenprävention sowohl die Bearbeitung von Konflikten vor Ausbruch der Gewalt als auch die Konsolidierung des Friedens nach Konflikten. Denn: die Verhinderung eines Rückfalls in Gewalt muss ebenso als Prävention gesehen werden. Und nach der Krise ist leider oft genug vor der Krise.

Die Menschen – nicht nur in Deutschland – fragen immer häufiger, wie die internationale Gemeinschaft der zahlreichen Konflikte Herr werden, den Ausbruch neuer Konflikte verhindern und einmal geschaffenen Frieden nachhaltig konsolidieren kann. Sie fragen vor allem auch, welche Instrumente neben Militäreinsätzen es gibt, um das friedliche Zusammenleben von Staaten und von Bevölkerungsgruppen zu befördern, sei es in Afrika oder anderswo.

Längst hat sich national und international ein erweitertes Verständnis von Sicherheit durchgesetzt, das auch politische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und Umwelt-Aspekte einbezieht. Zwar werden wir auch künftig auf militärische Beiträge zum Krisenmanagement nicht völlig verzichten können. Ziel bleibt aber, das äußerste Mittel – das militärische Eingreifen – durch Einsatz aller anderen, zivilen Mittel möglichst gar nicht erst erforderlich werden zu lassen.

Es geht stets um zivile Zielsetzungen, wenn sich die internationale Gemeinschaft in zerfallenden Staaten, nach Staatsversagen oder nach gewaltsamen Konflikten engagiert. Am Ende wird der Erfolg immer daran gemessen werden müssen, ob der zivile Wiederaufbau gelungen ist. Wenn die Rechtsprechung einigermaßen funktioniert, eine

rechtsstaatliche Polizei existiert, die demokratischen Institutionen arbeiten, das Bildungssystem zufriedenstellend ist, die Wirtschaft sich entwickelt und die Menschenrechte beachtet werden – dann haben wir unser Ziel erreicht.

Die Herausforderungen sind dabei komplex und dürfen nicht unterschätzt werden. Afghanistan ist dafür ein anschauliches Beispiel: militärisches Peacekeeping und ziviles Peacebuilding – also die Reform der staatlichen Institutionen, des Sicherheitssektors, Entwicklungsbemühungen, Förderung der Menschenrechte, Förderung von Frauenrechten, Bekämpfung von Drogenanbau, von internationalem Verbrechen und Terrorismus: hier greift alles ineinander. Trotz aller Schwierigkeiten, trotz aller Rückschläge und trotz der prekären Sicherheitslage besonders im Süden und Südosten des Landes darf nicht vergessen werden, dass wir seit dem Ende der Taliban-Herrschaft im Jahr 2001 schon große Fortschritte gemacht haben: Die Wirtschaft wächst, die Märkte funktionieren. Staatliche



Institutionen gewinnen an Freiraum. Besonders im Norden, wo wir Verantwortung tragen, sind neue Straßen und Schulen gebaut worden. Über sechs Millionen Jungen und Mädchen gehen wieder zur Schule. Die medizinische Versorgung hat sich stark verbessert, die Kindersterblichkeit ist gesunken. Die Menschen in Afghanistan haben die Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Unser Engagement in Krisenregionen ist schon aus humanitären Gründen gefordert. Deutsche Außenpolitik ist in besonderem Maße der Hilfe für Menschen in Not verpflichtet. Aber auch die angestrebte Nachhaltigkeit unseres Engagements für Frieden und Sicherheit und nicht zuletzt auch die hohen Kosten militärischen Krisenmanagements verstärken die Forderung nach politischen Lösungen für Konflikte mit Gewaltpotential.

Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag zivile Krisenprävention und Konfliktbewältigung als wichtige Eckpfeiler ihrer internationalen Stabilitäts- und Friedenspolitik fest verankert. Dem Auswärtigen Amt werden für zivile friedenserhaltende Maßnahmen im nächsten Jahr voraussichtlich fünfmal soviel Mittel zur Verfügung stehen wie in den Jahren zuvor.

Bereits mit ihrem Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ vom Mai 2004 hat die Bundesregierung ihre Entschlossenheit bekräftigt, deutsche Beiträge zu Frieden, Sicherheit und Entwicklung stärker präventiv auszurichten und dadurch wirksamer zu gestalten.

Krisenprävention muss routinemäßig Teil der politischen Entscheidungsprozesse sein. Ziel des Aktionsplans ist es, Krisenprävention als politische Querschnittsaufgabe auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene zu verankern und alle verfügbaren Instrumente der Krisenprävention in einem einheitlichen, umfassenden und von einer zivilen Zielsetzung bestimmten Politikansatz zusammenzuführen.

Ein wesentliches Element des Aktionsplans ist daher die stärkere Verzahnung außen sicherheits- und entwicklungspolitischer Instrumente und die Einbeziehung zusätzlicher Politikbereiche, vor allem der Wirtschafts-, Finanz-, Umwelt-, Bildungs-, Kultur-

und Sozialpolitik in die Krisenprävention. Nur so können Maßnahmen, die auf die Beseitigung der Ursachen nationaler oder regionaler Konflikte gerichtet sind, Effizienz und Nachhaltigkeit gewinnen. Dies gilt zunächst innerstaatlich, d.h. vor allem im Bereich der Zusammenarbeit der Bundesressorts.

Was die Politikkohärenz innerhalb der Bundesregierung und die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts angeht, so sind in den vergangenen Jahren Entwicklungen eingeleitet worden, mit denen wir uns – auch im internationalen Vergleich – durchaus sehen lassen können: Die Einrichtung des Ressortkreises „Zivile Krisenprävention“ und die Berufung des zivilgesellschaftlichen Beirats haben erhöhte Aufmerksamkeit für das Thema zivile Krisenprävention erzeugt. Es sind darüber hinaus konkrete Verbesserungen erzielt worden. So z.B. durch die Einrichtung einer interministeriellen Steuerungsgruppe für die Unterstützung der Peacekeepingfähigkeiten in Westafrika. Dabei werden zunächst nur lose miteinander verbundene Beiträge deutscher Ressorts und Einrichtungen zur Umsetzung des G8-Aktionsplans für Afrika unter ein gemeinsames konzeptionelles Dach gebracht. Ein ähnlicher Ansatz wurde gewählt, um einen deutschen Beitrag zur Sicherheitssektorreform in Indonesien zu leisten.

Mit dem Aktionsplan ist auch angestrebt, einen deutschen Beitrag zur besseren internationalen Abstimmung zu leisten. Deutschland gehört neben wichtigen Partnerländern wie z.B. Großbritannien, Kanada, Norwegen und der Schweiz zu den engagiertesten Förderern der zivilen Krisenprävention.

Mit der Europäischen Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2003 verfolgen wir dasselbe Ziel auf europäischer Ebene. Und die Vereinten Nationen haben Ende 2005 die VN-Kommission für Friedenskonsolidierung gegründet, in der Deutschland Gründungsmitglied ist. Die neue Kommission bringt internationale und nationale Akteure in Nachkonfliktsituationen frühzeitig an einen Tisch, unterstützt sie im Wiederaufbauprozess und entwirft – gemeinsam mit allen beteiligten Partnern – kohärente Strategien der Friedenskonsolidierung.

Die Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren zur Bewältigung akuter Krisen und zur Stabilisierung ehemaliger Krisenregionen an einer Vielzahl von Friedensmissionen beteiligt. Sie stellt dabei – dem Geist des Aktionsplans folgend, dass der deutsche Beitrag vor allem im internationalen Verbund am effektivsten wirken kann – ihre Kapazitäten den Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der NATO und der OSZE sowie weiteren Regionalorganisationen, darunter auch der Afrikanischen Union, zur Verfügung. Aus Sicht der Bundesregierung erbrachten dabei – wenn sich militärisches Engagement als unverzichtbar erwies – multidimensionale Missionen deutlichen Mehrwert, die zivile und militärische Elemente miteinander verknüpfen, so dass auf die vielfältigen Bedürfnisse eines Krisengebiets angemessen und mit Hilfe von Experten reagiert werden kann.

Mit der Entsendung zivilen Personals in VN-Friedensmissionen leistet Deutschland einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung internationaler Mandate. Die entsandten deutschen Experten nehmen insbesondere Aufgaben im Justizbereich, beim Verwaltungsaufbau sowie bei der sanitätsdienstlichen und technisch-logistischen Versorgung wahr. Derzeit sind etwa 110 deutsche zivile Fachkräfte im Rahmen von VN-Missionen tätig. Der langjährige Bürgerkrieg in Sierra Leone beispielsweise konnte durch die bis dahin größte Friedensmission der Vereinten Nationen beendet werden. Deutschland hat mit einem 16-köpfigen Team ziviler Ingenieure des Technischen Hilfswerks zur Elektrizitätsversorgung für fast 17.000 Blauhelme beigetragen. Am Sondergerichtshof für Sier-

ra Leone, vor dem Kriegsverbrecher des Bürgerkrieges zur Verantwortung gezogen werden, waren deutsche Rechtsexperten als Berater tätig.

Deutsche Expertinnen und Experten – zwischen 50 und 60 an der Zahl – sind in OSZE-Feldmissionen vor allem auf dem Balkan, aber auch in Osteuropa, im Kaukasus oder in Zentralasien sowie auch im OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte in Warschau und im OSZE-Sekretariat in Wien eingesetzt. Die OSZE verfolgt einen umfassenden und kooperativen Ansatz, der drei Dimensionen von Sicherheit umfasst: die politisch-militärische, die ökonomisch-ökologische und die menschliche. Ausgehend von diesem umfassenden Sicherheitsbegriff haben die OSZE-Missionen ein breites Aufgabenspektrum, dementsprechend vielfältig sind auch die Einsatzbereiche der deutschen Fachkräfte.

Die EU führt derzeit ein gutes Dutzend ESVP-Missionen weltweit – so viele wie nie zuvor. Die große Mehrzahl dieser Missionen ist ziviler Natur. Die zivilen Missionen umfassen ein breites Aufgabenspektrum: von der Europäischen Polizeimission EUPM in Bosnien und Herzegowina über die Unterstützungsmission am palästinensisch-ägyptischen Grenzübergang in Rafah bis hin zur integrierten Rechtsstaatsmission für den Irak EUJUST LEX. Im Juni hat die ESVP-Polizeimission in Afghanistan ihre Arbeit aufgenommen. Aufbauend auf dem bisher von Deutschland geführten Engagement ergänzt die EU damit ihre bereits bestehende Unterstützung für den Wiederaufbau und die Stabilisierung in Afghanistan in einem zentralen Bereich – dem Aufbau einer rechtsstaatlichen Zivilpolizei. Deutschland unterstützt den Polizeiaufbau nicht nur finanziell, sondern hat zur Unterstützung der Mission auch eine personelle Beteiligung mit bis zu 60 Polizeibeamten zugesagt. Neben Afghanistan steht aktuell vor allem auch der Kosovo im Blickpunkt. Und wenn die politische Umsetzung einer Statuslösung im Kosovo gelingen soll, wird sie durch eine breite internationale Präsenz abgesichert werden müssen. Die EU hat ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt, nach einer Statuslösung eine ESVP-Rechtsstaatsmission im Kosovo einzuleiten. Damit stünde die EU vor der größten und anspruchsvollsten zivilen Mission, die im Rahmen der ESVP bisher mobilisiert wurde.

Mit der Einrichtung des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) in Berlin hat die Bundesregierung bereits 2002 einen entscheidenden Schritt zur professionellen Rekrutierung und Ausbildung zivilen Friedenspersonals getan. Seit seiner Gründung hat das ZIF 60 einsatzorientierte Kurse konzipiert und durchgeführt. Über 1.100 deutsche und ausländische Fach- und Führungskräfte haben seither an diesen Kursen teilgenommen. Das ZIF beteiligt sich an einem Verbund europäischer Trainingseinrichtungen und pflegt intensive Kontakte mit den für Friedenseinsätze zuständigen Stellen der VN, der EU und der OSZE. Das Auswärtige Amt arbeitet bei der Entsendung von zivilen Expertinnen und Experten in Missionen der VN, der EU und der OSZE einschließlich Wahlbeobachtungsmissionen eng mit dem ZIF zusammen.

Als ein Baustein einer stärker friedenspolitisch und krisenpräventiv ausgerichteten Entwicklungspolitik wurde außerdem der Zivile Friedensdienst (ZFD) aufgebaut. Der ZFD – getragen von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren – trägt in Krisenregionen zu Versöhnung und Wiederaufbau bei. Die Entsendedienste des ZFD – wie zum Beispiel das Forum Ziviler Friedensdienst e.V., dem Sie diese Ausstellung verdanken – schicken dazu Friedensfachkräfte in alle Welt. Den Lebensweg von einigen von ihnen werden Sie in der heute hier im Gemeindehaus Lamm eröffneten Ausstellung kennen lernen.

Und damit bin ich auch beim Thema der Ausstellung: Frieden braucht Fachleute!

Gut geschulte und schnell einsatzbereite Fachleute leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Schaffung und Stärkung rechtsstaatlicher, demokratischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen in Krisenregionen weltweit.

Frieden braucht Fachleute. Das ist nicht nur eine Tatsache, sondern auch eine Forderung.

An die Bundesregierung, die die Rahmenbedingungen für die Entsendungen von Experten schafft.

An die Gesellschaft, die erkennen muss, dass zivile Konfliktbearbeitung nicht nur eine Aufgabe des Staates ist, sondern gesamtgesellschaftlich getragen sein muss. Dazu gehört auch, dass die Teilnahme an zivilen Friedenseinsätzen für Arbeitnehmer ein Plus im Lebenslauf bedeutet und die Karriere nach Rückkehr befördert und nicht behindert.

Die Forderung richtet sich aber auch an jeden Einzelnen, der sich im Laufe seines Berufslebens immer wieder einmal fragen sollte, ob er seine spezifischen Qualifikationen, seine Kreativität und seine Energie nicht ein- oder mehrmals im Rahmen eines zivilen Friedenseinsatzes längerfristig oder nur für ein paar Wochen einbringen kann.

Genau deshalb finde ich die Ausstellung auch so wichtig und genau deshalb hat das Auswärtige Amt das Forum Ziviler Friedensdienst seinerzeit bei der Konzeption finanziell unterstützt: sie wird viele Besucherinnen und Besucher – gerade auch junge Menschen – erstmals darauf aufmerksam machen, dass es so etwas wie einen „Friedensexperten“ überhaupt gibt und was er oder sie wo tut – und warum.

Eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg ziviler Krisenprävention sind aber nicht nur qualifizierte in- und ausländische Friedensfachleute auf Seiten der Akteure, sondern auch bei den lokalen Partnern im Ausland. Hier leistet auch der Zivile Friedensdienst wertvolle Arbeit, dessen wesentliche Aufgabe es ist, lokale Friedenspotentiale zu stärken und bei Konflikten zu vermitteln.

Die Bundesregierung fördert zivilgesellschaftliche Aktivitäten direkt durch Instrumente und Programme, die von den Ministerien und ihren Durchführungsorganisationen umgesetzt werden. Oder indirekt über Mittelzuwendungen an deutsche und internationale Nichtregierungsorganisationen, politische Stiftungen und Kirchen. Denn Nichtregierungsorganisationen haben oft komparative Vorteile gegenüber staatlichen Akteuren, da sie basisnah arbeiten und direkten Zugang zu zivilgesellschaftlichen Gruppen in den betroffenen Ländern haben.

Auch auf EU-Ebene setzt sich Deutschland aktiv für die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in der Krisenprävention und Konfliktbewältigung ein. Im Juni 2007 bildete eine gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Partnern im Auswärtigen Amt durchgeführte Konferenz zum Thema „Die EU und europäische Nichtregierungsorganisationen – Partner in Krisenprävention und Konfliktmanagement“ den Schlusspunkt einer Reihe vom Auswärtigen Amt im Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft initiierten Veranstaltungen zu diesem Thema.

Wenn wir zivile Krisenprävention sagen, meinen wir damit aber nicht nur die Umsetzung von Maßnahmen durch ziviles Friedenspersonal. Soweit möglich will die Bundesregierung die Zivilgesellschaft auch an der Konzeption der zivilen Krisenprävention beteiligen. Der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention“ sieht daher auch Beteiligungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure an Informationsaustausch und Meinungsbildung der Bundesregierung vor.

Denn klar ist: Den vielfältigen und komplexen Herausforderungen werden wir nur begegnen können, wenn alle wichtigen Akteure – nationale und internationale, staatliche und nichtstaatliche – zusammenarbeiten, ihren jeweiligen Mehrwert einbringen und sich gegenseitig unterstützen. Kein einzelner Akteur verfügt allein über alle Strategien und Instrumente, die zur Krisenprävention erforderlich sind. Vorbeugung gewaltsamer Konflikte, Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung sind besonders erfolgreich, wenn verschiedene staatliche und nichtstaatliche Akteure in Konfliktgebieten zusammenwirken, ihre Potenziale bündeln und – im Idealfall – aufeinander abstimmen. In der Praxis findet dies allerdings angesichts der Vielzahl der Akteure, der zu behandelnden Konflikte und Abstimmungsformate oft schnell seine Grenzen. Was wir daher brauchen, ist eine „Kultur der Zusammenarbeit“ zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, an der wir kontinuierlich arbeiten müssen.

Angesichts der Nachrichten von Krisen und Konflikten, die uns täglich aus aller Welt erreichen, muss ich Ihnen nicht sagen, dass noch ein weiter Weg vor uns liegt. Immerhin ist es aber gelungen, das Thema Krisenprävention, einschließlich Krisenmanagement und Post-Konflikt-Nachsorge, politisch und gesellschaftlich breit zu verankern und zu einem neuen Feld der Sicherheits- und Entwicklungspolitik zu machen. Das war nicht immer einfach: Zum einen lassen sich Krisen und Konflikte nicht anhand einmal festgelegter Indikatoren eindeutig vorhersagen. Zum anderen kann man zivile Krisenprävention nicht in quotenintensive Fernsehbilder umsetzen. Denn: Das Fernsehen berichtet nicht über verhinderte Kriege. Es fehlt daher in Deutschland nach wie vor an einer starken „Präventionslobby“. Ich würde mich freuen, wenn Sie nach Besichtigung der Ausstellung „Frieden braucht Fachleute“ dazu gehören würden, um der zivilen Krisenprävention in Deutschland stärkeres Gehör zu verschaffen.

3.3 Leserbriefe und Reaktionen

3.3.1 Leserbriefe

„Grandioser Etikettenschwindel“

(Jürgen Wagner, abgedruckt im Schwäbischen Tagblatt vom 13.11.2007)

Dass ausgerechnet Gernot Erler sich permanent als Vorkämpfer der Zivilen Konfliktbearbeitung (ZKB) bezeichnet, ist ein grandioser Etikettenschwindel. Denn der von ihm so hochgelobte „Aktionsplan Zivile Konfliktbearbeitung“ der Bundesregierung sieht vor, dass zivile und militärische Akteure künftig Hand in Hand zur Verteidigung Deutschlands und seiner Interessen am Hindukusch und sonstwo auf der Welt eingesetzt werden.

Damit ist Erler einer der führenden Vertreter, die gegenwärtig darauf hinarbeiten, die ZKB als eigenständiges Konzept und grundsätzliche Alternative zu Kriegseinsätzen abzuschaffen. Genau hierin sieht Erlers kongenialer Partner, der Grüne Verteidigungsexperte Winfried Nachtwei, auch genau den Vorteil des Aktionsplans, da er „Vorstellungen pazifistischer Friedensorganisationen eine Absage erteilt, die hier und heute zivile Konfliktbearbeitung als Alternative zum Militär sehen“.

Tatsächlich scheint die Ablehnung, Zuarbeit für Kriegs- und Besatzungseinsätze der Bundeswehr zu leisten, kaum mehr möglich zu sein, wie Monika Bricke, Fachkraft des

Zivilen Friedensdienstes, in den Blättern des Informationszentrums 3. Welt beschreibt. Ihr wurde während ihrer Ausbildung „entgegen gehalten, dass ich mich bei meiner strikten Verweigerungshaltung gegenüber einer Zusammenarbeit mit dem Militär auf Dauerarbeitslosigkeit einstellen müsse.

Tatsächlich sind die Wahlmöglichkeiten für Absolventen, die jegliche Kooperation mit dem Militär und die Teilnahme an Projekten, die militärische Maßnahmen begleiten, strikt ablehnen, nicht gerade groß.“ So besteht derzeit die Gefahr, dass Zivile Konfliktbearbeitung immer stärker zu einem integralen Bestandteil der Logik militärischer Interessensdurchsetzung vor Ort wird und sich damit völlig diskreditiert.

„Welch ein Missverhältnis“

(Walburg Werner, abgedruckt im Schwäbischen Tagblatt vom 15.11.2007)

Im Rahmen der ökumenischen Friedensdekade ist im „Lamm“ eine Ausstellung (...) unter dem Motto „Frieden braucht Fachkräfte“ zu sehen. Das spricht alle an und knüpft an den Friedenswillen und die Hilfsbereitschaft, die wir wohl alle haben oder haben möchten. „Frieden ist machbar“ ist die grundsätzlich richtige Botschaft. Nun zeigt die bunt bedruckte Pappe aber einen Wirrwarr von Gewalt- und Versöhnungssituationen, die bei kühlem Verstand wenig miteinander zu tun haben. Auch der Text ist hilflos gemixt und trägt zu keiner Klärung bei, um welchen Frieden es sich handeln soll. „Vertragt euch“ ist das schlichte Ergebnis.

Dass die Ausstellung von einem Universitätsinstitut geholt und mit einem Rahmenprogramm versehen wurde, erstaunt mich. Die Nähe zur Staatstreue, gegeben durch die Förderung vom Auswärtigen Amt, und die Nähe zur SPD durch die Auswahl der Redner für Veranstaltungen klärt mir den Nebel auf. Friedenswille wird auf die Ebene von Sozialarbeit verlagert. Stolz werden 150 zivile Friedensfachleute vorgeführt. Aber von den etwa 7800 Soldaten der Bundeswehr ist nicht die Rede, die zur Zeit in zehn Ländern und Gebieten im Einsatz mit ungeheuer kostspieligen Rüstungsaufwand und unfriedlicher Mission sind.

Welch ein Missverhältnis!

Die SPD-Redner, der eine Staatsminister, der andere verteidigungspolitischer Sprecher, werden wohl in dieser Woche noch im Bundestag erneut dem bewaffneten Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zustimmen, dem Einsatz, der die USA militärisch stützt. Sie stimmen damit der Tatsache zu, dass sich Deutschland im Krieg befindet.

Ich meine, Frieden braucht vorrangig Menschen, die Gegenwehr gegen Aufrüstung und Krieg mit Zivilcourage und Ausdauer entfalten. Dazu bedarf es eines politischen Blickwinkels. Wenn dies nicht zur Sprache kommt, wird Friedenswille politisch missbraucht.

„Breites Spektrum von Positionen“

(Die Mitglieder des Ausstellungsteams Martin Quack und Anne Romund, abgedruckt im Schwäbischen Tagblatt vom 17.11.2007)

Die Absicht der Politikstudierenden und -lehrenden, die Ausstellung „Frieden braucht Fachleute“ mit Rahmenprogramm in Tübingen zu zeigen, ist, die Bekanntheit ziviler und zivilgesellschaftlicher Handlungsmöglichkeiten in Gewaltkonflikten zu steigern. Sie ist daher bewusst so gestaltet, dass auch Zielgruppen angesprochen werden, die

sich noch nicht mit ziviler Friedensarbeit auseinandergesetzt haben, zum Beispiel Schüler/innen.

Das „Missverhältnis“ zwischen zivilem und militärischem Personal kann nur behoben werden, wenn Institutionen wie der Zivile Friedensdienst (ZFD) stärkere gesellschaftliche und politische Beachtung und Unterstützung erfahren. Es ist ausdrücklich unser Ziel, kontroverse Diskussionen zur Frage, wie man Frieden macht, anzustoßen.

Wir freuen uns daher über die Reaktionen der Leser/innen. In unseren Veranstaltungen hat eine breite Öffentlichkeit die Gelegenheit, in Dialog mit Politiker(inne)n und Praktiker(inne)n zu treten und ihre Ansichten, Forderungen und Bedenken zu äußern.

Der Vorwurf, die Veranstalter würden sich für parteipolitische Interessen instrumentalisieren lassen, ist nicht begründet: Zur Eröffnung war nicht nur Staatsminister Erler (Auswärtiges Amt), sondern auch Frau Smidoda, Vorstandsmitglied des Forum ZFD, als Rednerin zugegen, die Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) klar als Alternative zu militärischen Einsätzen beschrieben hat.

Die Podiumsdiskussion, die am 23. November um 20 Uhr im „Lamm“ stattfindet, ist ebenso bewusst mit Redner(inne)n besetzt, die unterschiedlichen Organisationen angehören und somit ein breites Spektrum von Positionen vertreten. Interessierte Besucher/innen sind eingeladen, sich ein eigenes Bild von ZKB, ihren Möglichkeiten und Grenzen und ihrem Verhältnis zu militärischen Einsätzen zu machen.

3.3.2 Brief an das Forum ZFD als Reaktion auf den Leserbrief vom 13.11.2007

(Winfried Nachtwei, MdB und verteidigungspolitischer Sprecher von Bündnis 90/ Die Grünen)

[Jürgen Wagner] behauptet, ich sähe einen Vorteil des Aktionsplans darin, dass er „Vorstellungen pazifistischer Friedensorganisationen (...), die hier und heute zivile Konfliktbearbeitung als Alternative zum Militär sehen,“ eine Absage erteile. Er behauptet, Gernot Erler und ich würden darauf hinarbeiten, dass Zivile Konfliktarbeit „integraler Bestandteil der Logik militärischer Interessendurchsetzung vor Ort“ werde, dass Ablehnung von „Zuarbeit für Kriegs- und Besatzungseinsätze der Bundeswehr“ immer weniger möglich wäre. Das ist eine Fehlinterpretation und Verdrehung meiner tatsächlichen Aussagen, Position und Intention!

Richtig ist, dass ich vor mehr als drei Jahren in meiner ersten Stellungnahme „Aktionsplan Krisenprävention: Großer Fortschritt an Friedensfähigkeit“ vom Mai 2004 (seitdem unter www.nachtwei.de veröffentlicht) ausführlich die wesentlichen Inhalte des Aktionsplans referierte und im Abschnitt „Herausforderungen an zivile Krisenprävention generell“ zur Militärfrage schrieb:

„Kurz wird die Rolle von Militär bei der Krisenprävention beschrieben: Krisenprävention ist vorrangig ziviler Natur und soll ja gerade Gewalteskalationen vorbeugen. Eine bewaffnete Intervention kann weder zivile Konfliktbearbeitung noch die Bekämpfung struktureller Konfliktursachen ersetzen. Bosnien, Mazedonien etc. zeigen aber, dass – friedenssichernde – Militäreinsätze notwendig sein können, um gewaltsame Konflikte zu verhindern bzw. zu beenden und die Voraussetzung zur zivilen Konfliktbearbeitung zu schaffen. Dies entspricht den Erfahrungen der Friedenssicherung im Rahmen des VN-Systems, wo Friedensmissionen inzwischen immer aus militärischen, zivilen und polizeilichen Komponenten bestehen. Damit wird zugleich Vorstellungen pazifisti-

scher Friedensorganisationen eine Absage erteilt, die hier und heute zivile Konfliktbearbeitung als Alternative zum Militär sehen.“

Diese Feststellung kann ehrlich gesagt angesichts eines regierungsamtlichen Dokuments nicht verwundern. Als derjenige, der das Vorhaben Aktionsplan in 2002 in die Koalitionsvereinbarung gegen das Sträuben des AA hineinbrachte und danach eng begleitete, kann ich allerdings die Intention des Aktionsplans und seiner MacherInnen beurteilen. Und die war unter den Bedingungen einer Regierungspolitik des UNO-, EU- und NATO-Mitglieds Deutschland „Ziel Gewaltfreiheit“: den viel beschworenen Vorrang nichtmilitärisch-ziviler Krisen- und Gewaltprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung in die Tat umzusetzen, dafür systematisch die notwendigen Fähigkeiten zu schaffen. Ausgangserkenntnis und -erfahrung war und ist, dass die Vorstellung militärischer „Konfliktlösungen“ eine Illusion ist und dass auch UN-mandatiertes Peacekeeping seine Grenzen hat und keinen Frieden schaffen kann.

Der Aktionsplan und Zivile Konfliktbearbeitung generell sind meiner festen Überzeugung nach mit Kriegs- und Besatzungseinsätzen nicht vereinbar. (Allerdings ist nach meiner Erfahrung vor Ort der deutsche ISAF-Einsatz in Nord-Afghanistan kein Kriegs- und kein Besatzungseinsatz, sondern von Auftrag und Einsatzregeln her eher polizeiähnlich. Er wird von der dortigen Bevölkerung eindeutig und überwiegend positiv gesehen.) Ein Zusammenwirken zwischen zivilen und militärischen Akteuren kann es nur auf der Basis des Völkerrechts, der Menschenrechte und dem Ziel der Gewalteinämmung und -verhütung geben – ausdrücklich nicht zur militärischen Interessendurchsetzung. Diese Trennschärfe ist im Aktionsplan so nicht formuliert. Sie entspricht aber der politischen Grundhaltung, wie sie bei den Protagonisten des Aktionsplans und weiten Teilen der Berliner Politik weiter besteht. Der Aktionsplan beinhaltet enorme Chancen, zum Wachsen von Friedensfähigkeiten und realer Gewaltminderung in Konflikten beizutragen. Wo es etliches an Zielübereinstimmung, gemeinsame Erfahrungsräume und Handlungsfeldern gibt, eröffnen sich auch mehr Möglichkeiten des Austauschs, ggfs. der Zusammenarbeit von Akteuren verschiedener Herkünfte. Dabei bestehen selbstverständlich Risiken der Vereinnahmungen durch die „Stärkeren“. Aber mit solchen Risiken sollte mensch selbstbewusst und nicht ängstlich umgehen. Auch PazifistInnen brauchen sich nicht durch die vermeintliche Stärke und das organisationsspezifische Dominanzstreben des Militärischen kirre machen lassen. Hinter dieser äußerlichen Stärke gibt es sehr viel an Verunsicherung, selbst erfahrener Begrenztheit, ja Schwäche – und tatsächlich auch Offenheit und Engagement bei nicht wenigen Einzelnen. Bei meinem jüngsten Besuch in Washington und Ottawa wurde ich von deutschen Staboffizieren, die dort an Sicherheitsakademien studieren, lobend auf den Aktionsplan angesprochen: mit ihm hätten sie bei internationalem Publikum viel Interesse und Anerkennung gefunden. Ein schlechtes Zeichen? Ein gutes Zeichen?

Für Jürgen Wagner ist das alles ein „Gegner-Projekt“, ein Angriff auf unbedingten Pazifismus und Friedensbewegung insgesamt. De facto erklärt er Pazifismus zum allein gültigen Dogma, anderen Positionen wird Unfriedlichkeit unterstellt, die Politik der Bundesrepublik sowieso als unfriedlich-imperialistischer Monolith verstanden. Dieser Abgrenzungsgestus erscheint stark, ist in Wirklichkeit aber total defensiv – und hoffnungslos. Solche Abgrenzungspolitik mag der „Reinheit“ der eigenen Position dienen. Der Ausbreitung der Zivilen Konfliktbearbeitung, der Stärkung ihrer schwachen gesellschaftlichen Basis dient sie jedenfalls nicht, im Gegenteil.

Es gibt triftige Gründe, gegenüber staatlicher Politik Distanz und vor allem Unabhängigkeit zu wahren. (Die richtige Balance zwischen Kooperationen und Distanz zu halten, war z.B. auch mein Muster gegenüber Joschka als Außenminister. Zu nah war er zu überzeugend-überwältigend. Ohne diese relative Distanz hätte ich nie unsere letztendlich erfolgreichen Widerstände gegen den Hanau-Export, gegen die Aufhebung des EU-Waffenembargos etc. mitinitiiieren können.) Deshalb aber alle Differenzierungen in staatlicher Politik und ihrer Akteure zu ignorieren und sich Chancen zu verweigern, ist politisch blind und endet – trotz aller Lautstärke – in politischer Ohnmacht.

Bei alledem bestreite ich keineswegs, dass die reale Entwicklung des Aktionsplans – insbesondere im ersten Umsetzungsbericht – Anlass zu deutlicher Kritik bietet: an der umstandslosen Vereinnahmung von Militäreinsätzen unter Krisenprävention (allerdings immer noch im Sinne von Gewaltprävention, nicht im Sinne von „Präventivangriff“), an der Darstellung der zivil-militärischen Zusammenarbeit nur aus der Sicht des Militärs. [...]

Bei aller Zurückweisung des Leserbriefs von Jürgen Wagner sind mir auch solche Stellungnahmen weiter Anlass zur Selbstprüfung: Ob ich am Ende nützlicher Idiot für eine ganz andere Politik bin. Das meine ich wohl nicht, bin aber zugleich weiter „strukturell“ unzufrieden mit meiner Themengewichtung. Die vielen akuten Krisenbewältigungen halten mich viel zu viel davon ab, wirksamer für die Stärkung der Zivilen Konfliktbearbeitung zu arbeiten.

4 Schulveranstaltungen

(Friederike Thoenes)

4.1 Workshop „Interaktive Ausstellungsbesichtigung“

Mit dem Ziel, den Zivilen Friedensdienst auch bei Jugendlichen bekannt zu machen und ihnen das Berufsfeld einer Friedensfachkraft vorzustellen, fanden parallel zur Ausstellung spezielle Informationsveranstaltungen für Schulklassen statt.

Für LehrerInnen aus dem Kreis Tübingen bestand die Möglichkeit, mit ihrer Schulklasse (ab Klassenstufe 7) an einer interaktiven Ausstellungsbesichtigung – vorbereitet und durchgeführt von der AG „Schulen“ des Ausstellungsteams – teilzunehmen. Acht Schulgruppen mit einer Gesamtzahl von rund 170 SchülerInnen machten von dem Angebot Gebrauch.

Um in das Thema einzuführen, hatten die BetreuerInnen zunächst ein Positionsspiel vorbereitet. Dabei wurden fünf verschiedene Thesen zum Thema „Krieg und Frieden“ vorgelesen (zum Beispiel: „Manchmal muss man Gewalt anwenden, um Konflikte zu beenden.“). Je nachdem, ob die Jugendlichen der These zustimmten oder nicht, konnten sich die TeilnehmerInnen nun entlang einer Linie zwischen „Ja“- und „Nein“-Plakaten positionieren, wobei auch Meinungen im Mittelfeld möglich waren. Dadurch befassten sich die SchülerInnen bereits auf spielerische Weise mit der Thematik der Ausstellung. Anschließend haben die SchülerInnen die Inhalte der Ausstellung an Hand von Fragebögen selbst erarbeitet. Dafür fanden sich die Jugendlichen in Kleingruppen von zwei bis vier Mitgliedern zusammen. Jede Gruppe erhielt einen Fragebogen, der sich auf eine der sechs Stellwände in der Ausstellung bezog. Jede Kleingrup-

pe sollte den Fragebogen mit Hilfe der Informationen auf ihrer jeweiligen Schautafel beantworten und sich kritisch mit den Bildern auf der Stellwand auseinandersetzen. Schließlich wurde die Ausstellung im Plenum besichtigt, wobei jede Kleingruppe die von ihr bearbeitete Schautafel in einem Kurzvortrag präsentierte. Somit hatten am Ende alle Schülerinnen und Schüler die gesamte Ausstellung durchlaufen und sich intensiv mit den Inhalten beschäftigt.

Je nach verfügbarer Zeit der Gruppe wurde abschließend ein Film des Forum ZFD über das Arbeitsfeld des Zivilen Friedensdienstes im Kosovo gezeigt. Dadurch erhielten die SchülerInnen einen Einblick in die alltägliche Arbeit einer Friedensfachkraft. Sie konnten durch konkrete Beispiele erfahren, welche Herausforderungen und Probleme eine zivile Friedensfachkraft im Alltag zu bewältigen hat.

Das Verständnis der Texte auf den Schautafeln stellte sich insbesondere für jüngere SchülerInnen als Herausforderung dar. So waren die BetreuerInnen dazu aufgefordert, Begriffe wie „strukturelle Gewalt“ und „internationale Organisationen“ mit einfachen Worten und Beispielen zu erläutern. Trotz der begrifflichen Schwierigkeiten widmeten sich die Jugendlichen dem Thema mit großem Interesse. Mit ihren offenen und ehrlichen Fragen stießen sie oftmals eine breit gefächerte Debatte innerhalb des Klassenverbandes und mit den BetreuerInnen an.

4.2 Kunstwettbewerb „Krieg wird von Menschen gemacht, Frieden auch“

Zum Thema: „Krieg wird von Menschen gemacht, Frieden auch“ fand ein Kunstwettbewerb für alle Altersstufen statt, zu dem zahlreiche Schulen im Kreis Tübingen eingeladen wurden. Ziel des Wettbewerbs war es, SchülerInnen eine Gelegenheit zu bieten, sich mit dem Thema Krieg und Frieden auf künstlerische Weise auseinanderzusetzen. Dabei war die Darstellungsform den TeilnehmerInnen freigestellt (ob Kollage, Skulptur, Zeichnung oder Comic).

Der Wettbewerb erfreute sich großer Beteiligung. Es trafen bis zum Einsendeschluss am 1. November 2007 rund 70 Kunstwerke ein. Unter den Teilnehmenden waren SchülerInnen aus Tübingen, Rottenburg, Reutlingen und sogar aus Jena.



Wie erhofft waren die Darstellungsformen vielseitig und zeugten von kreativen Ideen. So befanden sich unter den Einsendungen unter anderem Comics, bemalte Steine, Kollagen, Zeichnungen und mit Airbrush-Technik angefertigte Plakate. So verschieden wie die Darstellungsformen war auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit Krieg und Frieden. Während einige SchülerInnen das Thema humorvoll und optimistisch umsetzten, wirkten andere Kunstwerke eher verstörend und brutal. Insgesamt aber spiegelten alle eingereichten Werke das vorgegebene Thema in seinen zahlreichen Facetten kreativ und gekonnt wieder.

Nachdem alle Einsendungen aufgenommen und prämiert worden waren, wurden sie im Foyer des Gemeindehauses aufgehängt, wo sie parallel zur

Ausstellung zu besichtigen waren. Viele Ausstellungsgäste waren begeistert von den Arbeiten der Kinder und Jugendlichen. Am 16.11.2007 fand schließlich eine Preisverleihung im Gemeindehaus statt, bei der die besten Kunstwerke prämiert wurden und die jungen KünstlerInnen Sachpreise verliehen bekamen, die von unterschiedlichen Tübinger Geschäften gespendet worden waren. Vor allem die jüngeren TeilnehmerInnen freuten sich über die Auszeichnungen und präsentierten ihren Eltern stolz ihre Kunstwerke. Moderiert wurde die Preisverleihung von den zwei Jugendgemeinderäten Caren Niemann und Max Bohley, die diesen Rahmen auch dazu nutzten, den SchülerInnen ihre politische Arbeit im Jugendgemeinderat zu präsentieren.

5 Kulturelle und politische Veranstaltungen

5.1 Theaterstück „Der Gott des Gemetzels“

(Johannes Vüllers)

Das Theaterstück „Der Gott des Gemetzels“ von Yasmina Reza wurde vom Landestheater Tübingen inszeniert. Das fiktive Vermittlungsgespräch im Anschluss fand mit Tübinger Studierenden der Friedensforschung statt.

Zum Inhalt des Stücks: Eigentlich wollten sich die Houillés und die Reilles bei Kaffee und Kuchen zivilisiert darüber unterhalten, wie sie mit der Prügelei ihrer beiden Söhne umgehen sollten, bei der Bruno Houillé zwei Vorderzähne verloren hatte. Im Zuge der Auseinandersetzung gaben sich alle zunächst wohlwollend tolerant, dennoch wollte niemand von seinen Positionen abrücken. Das Gespräch erinnerte an den Stil politischer Verhandlungen, wo die wahren Interessen oftmals von diplomatischem Geplänkel überspielt werden. Der Streit im Wohnzimmer der Houillés eskalierte, so dass am Ende Jeder gegen Jeden wettete und die vorher viel beschworene Kultiviertheit dabei vollends über Bord geworfen wurde.

An das Theaterstück schloss sich ein fiktives Vermittlungsgespräch zwischen den zwei Studierenden Anne Romund und Johannes Vüllers – in den Rollen von Mediatoren – und den Ehepaaren Houillé und Reille an, gespielt von den Schauspielern des Landestheaters Ulrike Euen, Katja Gaudard, Marius Marx und Udo Rau.



Die aus dem Ruder gelaufene vorherige Auseinandersetzung wurde hinsichtlich möglicher Bedingungen untersucht, die eine friedliche Übereinkunft der Ehepaare verhindert haben. Hierbei wurde der Einfluss von weiteren, nicht mit dem eigentlichen Streitgegenstand verbundenen Konflikten als erschwerender Faktor identifiziert. In dem Gespräch der Ehepaare waren diese äußeren Konflikte auf zwei Ebenen vorhanden: zum einen traten immer wieder Konflikte Einzelner in den Vordergrund, zum anderen erschwerten die latenten Ehekonflikte beider Paare das Gespräch.

Ein weiteres Thema war der Umgang mit dem eigentlichen Konfliktgegenstand, dem Streit zwischen den Kindern. Im Gespräch kristallisierten sich zwei große Hindernisse für eine gemeinschaftliche Lösung heraus. Allein den Reilles waren überhaupt die Gründe für den Streit der beiden Kinder bekannt. Die Houillés haben erst sehr spät in dem Gespräch nach den Ursachen gefragt, jedoch schon zuvor eine starke Position eingenommen, die sie durch eine schriftliche Eingangserklärung festgeschrieben hatten. Das Problem bestand also in den unterschiedlichen Voraussetzungen im Wissensstand der beiden Parteien, was das Verständnis für die jeweils andere Seite erschwerte. Hinzu kommt, dass durch die schriftliche Erklärung der Streit auf eine offiziellere Ebene gehoben wurde, so dass sich die Reilles zu Beginn des Gesprächs überrannt fühlten.

Ein weiteres Problem bestand darin, dass sich die Ehepaare nicht über die Zielsetzung des Gesprächs einig waren. Die einzige deutlich geäußerte Zielsetzung kam von Veronique Houillé, die ein wirkliches Reueempfinden seitens des „Täters“ Ferdinand Reille verlangte, jedoch nicht wirklich verständlich machen konnte, was sie genau darunter versteht und wie in diesem Sinne das Gespräch zwischen den Ehepaaren wirklich einen Fortschritt darstellen sollte.

Zum Abschluss des Gesprächs beteiligte sich das Publikum und bot Lösungsmöglichkeiten an, die der Auseinandersetzung eine andere Richtung hätten geben können. Es wurde vor allem darauf hingewiesen, dass es ein großer Fehler gewesen sei, die Auseinandersetzung ohne die Kinder zu führen, die schließlich die eigentlichen Betroffenen seien. Es hätte sich auch herausstellen können, dass Bruno und Ferdinand den Streit gar nicht als so schlimm empfunden haben, wie die Eltern es darstellten.

5.2 Debatte „Bundeswehr – Raus aus Afghanistan?“

(Anne Romund)

Zur Debatte zum Thema „Bundeswehr – Raus aus Afghanistan“ fanden sich am 16.11.2007 um 20 Uhr rund 50 ZuhörerInnen im Gemeindehaus Lamm ein.

Die Debatte wurde ausgerichtet vom Tübinger Debattierverein „Streitkultur e.V.“. Vor Beginn wurden die Regeln der „Tübinger Debatte“ erläutert. Es handelt sich dabei um eine klassische Publikumsdebatte. Zwei Parteien mit je zwei Rednern stehen sich auf Pro- und Contraseite gegenüber und debattieren in jeweils dreiminütigen Eingangs- und Schlussstatements die vorgegebene Streitfrage. Darauf folgt eine ausführliche Aussprache mit dem Publikum, bei der es zum regen Austausch zwischen Plenum sowie Pro- und Contra-Seite kommen soll. Über die Einhaltung der Regeln wachte der Präsident der Debatte.

Vor Beginn des rhetorischen Schlagabtauschs wurden die Stimmen gezählt, die sich für oder gegen einen Abzug der Bundeswehr aussprachen. Etwas über die Hälfte der ZuhörerInnen stellte sich auf die Seite der Pro-Redner, die einen Antrag zur Beendigung des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan stellten. Christian Gregor Landwehr von Streitkultur und Gunther Schenk von der Grünen Hochschulgruppe plädierten für einen sofortigen Abzug der deutschen Soldaten aus diesem – ihrer Meinung nach völlig aussichtslosen – Einsatz. Sämtliche Ziele der Intervention seien nicht erreicht worden und die Mission habe bisher mehr Schaden angerichtet als Nutzen für die dortige Bevölkerung gebracht. Die hohen Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung

ließen nur eine Konsequenz zu: Den Einsatz sofort zu beenden. Es sei keine positive Perspektive für diesen Einsatz erkennbar.

Die Contra-Seite mit Henrik Volpert von Streitkultur und Timo Walter von der Juso-Hochschulgruppe sprach sich dagegen aus, in einer „Kurzschlussreaktion“ auf negative Umfragewerte, die Bundeswehr aus Afghanistan abzuziehen. Dies sei unverantwortlich und trage nicht dazu bei, die Situation vor Ort zu verbessern, sondern ließe tausende von AfghanInnen in einem Sicherheitsvakuum zurück. Vor allem für afghanische Frauen würden alle erreichten Fortschritte durch einen Abzug zunichte gemacht. Ohne den Bundeswehreininsatz im Rahmen der International Security Assistance Force (ISAF) würde sich die Situation vor Ort lediglich verschlimmern, da dies eine erneute Machtübernahme der Taliban zu Folge hätte. Es gebe aktuell keine andere Alternative, als den Einsatz vor Ort fort zu führen, bis sich die Lage verbessert. Deutschland habe außerdem eine Verantwortung gegenüber den Koalitionspartnern in der ISAF und könne seine Unterstützung nicht einfach aufkündigen.

Das Publikum beteiligte sich rege mit Zwischenrufen, Fragen und Diskussionsbeiträgen. Insbesondere interessierten sich Viele für die Frage, welche Strategien beide Seiten zur Befriedung Afghanistans vorschlagen würden – sowohl im Falle eines Abzugs als auch bei einer Verlängerung des Mandats.

Am Ende konnte die Contra-Seite einige Leute aus dem Publikum überzeugen, dass ein sofortiger Abzug der Bundeswehr keine wünschenswerte Entwicklung für Afghanistan darstellen würde, so dass sich bei der abschließenden Abstimmung sogar eine knappe Mehrheit gegen die Beendigung des Afghanistan-Mandats aussprach.

5.3 Krieg und Frieden am Beispiel und im Stadtbild einer (deutschen) Stadt wie Tübingen

(Thomas Nielebock)

Tübingen hat und pflegt das Image einer liberalen Stadt mit ausgeprägter, aber angenehmer Streitkultur und nimmt für sich in Anspruch, nach innen und nach außen friedlich zu sein. Wer sich hier aufmacht, Kriegs- und Friedensspuren im Stadtbild zu finden, bedarf deshalb dazu eines Stadtführers, der sich für dieses Thema ein ausgeprägtes Sensorium erhalten hat. Ein solcher Stadtführer war mit Dr. Wolfgang Rug gewonnen worden, der sich schon lange mit den historischen Tübinger Ereignissen beschäftigt und bis in die jüngste Zeit hinein mit dem Leben in Tübingen eng verbunden fühlt. Ziel der Stadtführung war es, Krieg und Frieden auch in Tübingen sichtbar zu machen. Über 20 Personen machten sich deshalb an einem klaren und sonnigen, jedoch sehr kalten November-Sonntag mit Wolfgang Rug für knapp drei Stunden auf den Weg – ohne dabei alle Tübinger Ziele zu erreichen, die zum Thema eigentlich dazu gehören. Es gab also einiges zu sehen und zu hören.

Rug hatte bei dem Rundgang drei Aspekte im Blick: den Krieg nach außen, den Krieg nach innen und schließlich – höchst bedeutsam für eine Universitätsstadt – das Geistesleben und dessen Bezug zu Krieg und Frieden. Letzteres spielte vor allem an der Jakob von Hoddis-Staffel, vor der Psychiatrie, an den Gräbern von Hölderlin, Silcher und Uhland und in der Universität eine wichtige Rolle in Rugs Ausführungen. Von Hoddis' Einweisung in die Universitäts-Nervenklinik endete schließlich 1942 mit seinem Tod in einem Vernichtungslager der Nationalsozialisten in Polen. An Hölderlins

und Silchers Grab wurde die Inanspruchnahme und Umdeutung ihrer Werke durch den Nationalsozialismus in Wort und Bild verdeutlicht, als Rug Hölderlins Gedicht „Der Tod fürs Vaterland“ und die Propagandarede bei der NS-Feier zum 100. Todestag Hölderlins 1943 vortrug. Silchers Vereinnahmung wird in Tübingen durch das monumentale Denkmal auf der Platanenallee deutlich.



Das Grab Uhlands bot schließlich für Rug Gelegenheit, auf dessen Einsatz für die Demokratie und insbesondere seine Mitgliedschaft in der Nationalversammlung der Frankfurter Paulskirche hinzuweisen. Die bis heute nachwirkende und ununterbrochene Inanspruchnahme von Uhland und Silcher für das Militär in Deutschland brachte Rug den ZuhörerInnen durch die Intonierung des Stücks „Der gute Kamerad“ (Text: Uhland, Melodie: Silcher) auf der Mundharmonika nahe. Diese Melodie wird seit über hundert Jahren bei Gefallenfeiern des deutschen Militärs gespielt – bedingt durch die Auslandseinsätze der Bundeswehr auch derzeit wieder.

Wie sich die Universität der Diktatur ergab, war Thema an verschiedenen Gedenktafeln im Innern der Universität. Als vorwiegend deutsch-national ausgerichtete Universität mussten nur wenige Wissenschaftler nach dem Machtantritt der Nazis entlassen werden. Auch der Erweiterungsbau der Neuen Aula mit Ehrenhof und Festsaal von 1928/29 nahm architektonisch vorweg, was dann die Nazi-Zeit prägte. So war es auch nicht überraschend, dass das Rektor-Portrait dieser Zeit den Professor für Psychiatrie, Hermann Hoffmann, in SA-Uniform zeigt. Wie schwer sich die Universität mit ihren Verstrickungen in der Nazi-Zeit tat, machten die Daten der Gedenktafeln deutlich, die sich im Eingangsbereich der Neuen Aula befinden: sie wurden erst Jahrzehnte nach Ende der NS-Herrschaft angebracht. Die Umbenennung des Vorplatzes der Neuen Aula in „Geschwister Scholl-Platz“ war jedoch ein frühes Zeichen nach außen. Das Clubhaus, als amerikanische Stiftung zur Förderung der demokratischen Einstellung der Studierenden, ist ein anderes deutliches Friedenszeichen – das aber wohl kaum von der heutigen Studierendenschaft noch als ein solches wahrgenommen wird.

Der neuzeitliche Militarismus begann sich ab den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts in Tübingen festzusetzen. Heute kann man Tübingen als ein Musterbeispiel für die Konversion militärischer Einrichtungen bezeichnen. Dies wird vor allem an der veränderten Nutzung der Kasernen deutlich. Mit der Thielpval-Kaserne, die 1876 gebaut wurde, wurde Tübingen Garnisonsstadt und damit zu einem Teil des „Kriegs nach außen“. Dies ließ sich gut mit dem deutsch-nationalen Geist der Universität, ihren Burschenschaften und der städtischen Oberschicht in Einklang bringen. Im Ersten Weltkrieg und zur Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges kamen 1914-1916 die Loretto- und 1938 die Hindenburg-Kasernen und der Lazarettbau auf dem Sand dazu. Der Name Thielpval wurde der Kaserne 1938, vier Tage nach dem Niederbrennen der Synagoge in der Gartenstraße in einer großen öffentlichen Feier verliehen, und sollte dem Revanche-Gedanken für die riesigen Verluste der deutschen Truppen bei der Sommeschlacht 1916 in der Nähe des französischen Dorfs Thielpval Vorschub leisten. Ca.

15.000 Soldaten zogen im Ersten Weltkrieg aus Tübingens Kasernen, etwa 3.500 kamen dabei ums Leben. Im Zweiten Weltkrieg waren es 62.000, die auszogen und von denen etwa 22.000 nicht mehr wiederkamen. Heute sind alle Kasernen zu Wohnprojekten geworden, die teilweise Auszeichnungen für ihre Ausgestaltung gewonnen haben.

Aber der Krieg zog nicht nur von Tübingen aus in die Welt, er kam auch nach Tübingen zurück: zwei Kriegswunden sind sichtbar – aber nur für diejenigen, die die Geschichte kennen. Rug verwies auf das fehlende Denkmal des Universitätsgründers und Namensgebers auf der Neckarbrücke: Graf Eberhard. Diese schwere Bronzefigur verschwand eines Nachts, um in den Waffenschmieden der Wehrmacht zu landen. Das fehlende Uhland-Haus, das bei dem Bombenangriff im April 1944 zerstört wurde, reißt heute noch an der Neckarfront Ecke Mühlstraße/ Gartenstraße eine ästhetische Wunde in das Gesicht Tübingens. Eine Konversion ganz anderer Art stellt der Neptunbrunnen auf dem Marktplatz dar: Rüstungsschrott verwendeten die Bürger Tübingens kurz nach dem Krieg, um – trotz schlechter Zeiten – in einer ersten gemeinschaftlichen Bürgeraktion ein Symbol des Wiederaufbaus zu setzen. Damit wurde der Renaissancebrunnen aus Sandstein, dessen Vorbild Schickhardt in Bologna ausgemacht hatte, wieder hergestellt. Konversion fand aber auch im geistigen Leben der Universität statt. So waren es beispielsweise in den 80er Jahren Universitätsprofessoren, die gegen Nachrüstungsmaßnahmen der Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht klagten. Und schließlich ist die Friedensforschung – dies sei aus eigener Sicht angefügt – als Forschungsschwerpunkt seit den 70er Jahren und als Studiengang seit den 90er Jahren am Institut für Politikwissenschaft verankert.

Spuren des „Kriegs nach innen“ wurden mit dem Besuch des Gräberfelds X, dem Verweis auf die Synagoge in der Gartenstraße, den Berichten über die Universität während der Nazi-Zeit und dem Hinweis auf die Entwicklung der Burschenschaften sichtbar. Auf dem Gräberfeld X wurden die zu Präparationszwecken von der Tübinger Anatomie verwendeten Leichen vergraben. In der NS-Zeit waren davon etwa zwei Drittel der mehr als tausend Toten Opfer der Diktatur gewesen. Viele der Burschenschaften, die ursprünglich den demokratischen Gedanken im Vormärz propagiert hatten, nahmen nach der Reichsgründung 1871 eine deutsch-nationale Wende vor. Sie folgten den Ideen des Nationalismus und Militarismus und stellten eigene Studentebataillone. Sie kamen 1919 zum Einsatz beim Generalstreik in Stuttgart, gegen die Münchner Räterepublik und gegen die Rote Ruhrarmee nach dem Kapp-Putsch 1923 – und knüpften damit an ihren Einsatz gegen Einwohner Tübingens bei Hungerunruhen in den Jahren 1831 und 1847 an.

Schließlich wurde mit dem Gebäude an der Ecke Wilhelmstraße/ Brunnenstraße dasjenige Haus betrachtet, in dem sich Tübingens Schicksal 1945 entschied. Hier konnte in der Nacht vom 18. auf den 19. April verhindert werden, Hitlers Städtebefehl, der die bedingungslose Verteidigung aller Städte vorsah, Folge zu leisten. Welche Konsequenzen es hätte haben können, sich den anrückenden französischen Truppen, die schon bei Hirschau standen, nicht rechtzeitig zu ergeben, hatte das Beispiel Freudenstadts gezeigt, das bewusst weitgehend zerstört worden war. Die NSDAP-Kreisleitung, die in dem Gebäude 24 ihren Sitz hatte, ließ sich überzeugen, zu verschwinden und die Bemühungen des obersten Standortarztes Dr. Theodor Dobler hinzunehmen, mit den französischen Truppen zu verhandeln. So blieb Tübingens mittelalterliches Stadtbild – wie schon in den vorhergehenden Kriegen – vom äußeren Krieg, der bis vor die Tore

der Stadt gekommen war, verschont, nachdem die „Herren des inneren Krieges“ aufgegeben hatten. Dem obersten Standortarzt zu Ehren wurde die ehemalige Kaiserstraße in Theodor Dobler-Straße umbenannt – ein weiteres Zeichen des Wandels Tübingens von einer deutsch-nationalen Universitäts- und Garnisonstadt zu einer Stadt, die Walter Jens – wie im von Wolfgang Rug erdachten Weihnachtsrätsel des Schwäbischen Tagblatts jüngst zu errätseln war – so charakterisierte: „Tübingen, das ist eine Stadt, die, klein und groß zugleich, den Provinzialismus mit dem Weltgeist verbindet, ein Gemeinwesen, in dem man ein wenig friedlicher zusammenwohnt als anderswo.“

5.4 Vortrag „Promote Peace Education – Versöhnung heute“

(Nadine Heptner)

Unter dem Motto „Promote Peace Education - Versöhnung heute“ stand die Veranstaltung des Instituts für Friedenspädagogik Tübingen e.V. zum Volkstrauertag am 18.11.2007 im Landestheater Tübingen. Vor 120 BesucherInnen spielten SchauspielerInnen Szenen aus „Der zerbrochene Krug“ und „Mucksmäuschenstill“, denn das Theater, so LTT-Intendantin Simone Sterr, „beschäftigt sich in der Regel mit den unlösbaren Konflikten, mit den Rissen, die sich zwischen den Menschen auftun.“ So bildeten die Theater-Sequenzen den geeigneten Rahmen für den Vortrag von Prof. Horst-Eberhard Richter. Als Gießener Psychoanalytiker, Arzt und Sozialphilosoph sprach er über die „Seelische Krankheit Friedlosigkeit“. Dass Friedlosigkeit heilbar ist, das ist die Überzeugung des streitbaren Psychoanalytikers Horst-Eberhard Richter, seit Jahrzehnten einer der theoretischen Köpfe der Friedensbewegung und Mitbegründer der westdeutschen Sektion der Ärzte gegen den Atomkrieg. Richter machte sich einen Namen als Direktor des Gießener Uni-Zentrums für Psychosomatische Medizin und als Autor vieldiskutierter Bücher wie „Flüchten oder Standhalten“ und „Der Gotteskomplex“.

„Friedfertig ist, wer Frieden um sich entstehen lassen kann“, zitierte der 84-Jährige den Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker. Die Friedlosigkeit hingegen sei nicht allein eine seelische Krankheit, sondern eine Bedrohung für „das Leben unserer Enkel“ (Schwäbisches Tagblatt vom 20.11.2007). „Gefordert“, so Richter, „ist der Mut, sich der Korrumpierung des Versöhnungswillens durch Umlenkung auf parteiische Sonderinteressen zu widersetzen. Man denke an Einsteins Warnung: ‚Die Gewöhnung an kriegerische Zielsetzung und Tätigkeit hat die Denkweise der Menschen korrumpiert, so dass vernünftiges und humanes Denken kaum zur Geltung kommt, ja sogar als unpatriotisch verdächtigt und verfolgt wird.‘ Die nötige geistige Reformierung kann also nur in Einklang mit einem energischen, aber unbequemen praktischen Engagement stattfinden.“

Im Rahmen des Abends wurde das Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V. für sein Engagement von der Initiative „Land der Ideen“ als „ausgewählter Ort 2007“ ausgezeichnet, bevor Reuven Moskovitz, Gründer des Friedensdorfes Neve Shalom/ Wahat al-Salam in Israel, über die Situation im Nahen Osten und die Arbeit im Friedensdorf berichtete. Das unnachahmliche Spiel auf seiner Mundharmonika bildete einen gelungenen Abschluss des Abends.

6 Tagung „Berufsfelder für Zivile Friedensfachleute – Voraussetzungen und Einstiegsmöglichkeiten“ (Alexandra Rohde)

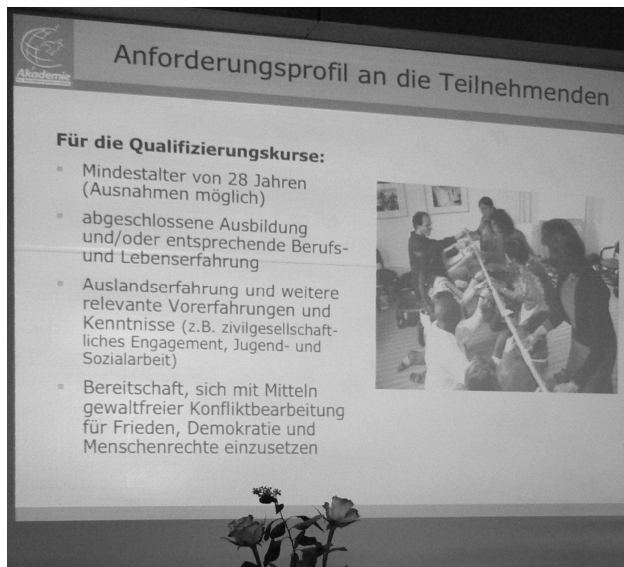
Der von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) in Kooperation mit dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen organisierte Workshop „*Frieden braucht Fachleute – Berufsfelder für zivile Fachkräfte. Voraussetzungen und Einstiegsmöglichkeiten*“ fand am 23. und 24. November 2007 im Tübinger Gemeindehaus Lamm am Markt statt.

Der Workshop richtete sich an Lehrende und Studierende der von der DSF geförderten Studiengangprojekte im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung. Die DSF unterstützt im Rahmen ihrer Struktur- und Nachwuchsförderung seit dem Jahr 2002 drei Masterstudiengänge an den Universitäten Tübingen („Friedensforschung und internationale Politik“), Marburg („Peace and Conflict Studies“) und an der FernUniversität Hagen („Peace Studies“) sowie den Postgradualen Masterstudiengang „Peace and Security Studies“ an der Universität Hamburg. Mit ihrer Fördertätigkeit leistet die Stiftung einen Beitrag zur Stärkung des universitären Ausbildungs- und Qualifizierungsangebots sowohl für den friedenswissenschaftlichen Nachwuchs als auch für junge Nachwuchskräfte, die eine Tätigkeit in Bereichen jenseits der Forschung anstreben – etwa in internationalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen oder in anderen friedenspolitisch relevanten Berufsfeldern. Insgesamt folgten 50 Lehrende und Studierende aus Marburg, Hagen und Tübingen der Einladung der DSF und nahmen am Workshop teil.

Ein zentrales Anliegen der Veranstalter war es, im Rahmen des Workshop die verschiedenen Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich des ZFD vorzustellen und Studierenden sowie AbsolventInnen der Friedens- und Konfliktforschung Einstiegsmöglichkeiten in dieses Berufsfeld aufzuzeigen. Der ZFD ist ein noch recht junges Instrument der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und zivilen Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung. Es zielt darauf ab, mittels der Entsendung von Friedensfachkräften in verschiedene Krisenregionen der Welt, Friedens- und Entwicklungspotenziale zu fördern. In enger Zusammenarbeit mit lokalen Partnern unterstützen Friedensfachkräfte Initiativen zur Verhinderung des Ausbruchs von Gewalt (Gewaltprävention), Maßnahmen zur friedlichen Beilegung gewalttätiger Konflikte (Gewaltminderung) und Aktivitäten zur Förderung friedlicher Strukturen nach der Beendigung der Gewalt (Konfliktnachsorge). Die professionelle Friedensarbeit ist folglich eine sehr anspruchsvolle Tätigkeit. Dementsprechend hoch sind auch die Anforderungen an eine Friedensfachkraft. Die Träger- und Entsendeorganisationen des ZFD suchen nach lebens- und berufserfahrenen Frauen und Männern, die psychisch und physisch belastbar sind und über Qualifikationen im Bereich der Konfliktbearbeitung verfügen. Studierende können solche Voraussetzungen nach Beendigung ihres Studiums in der Regel noch nicht vorweisen. Insbesondere verfügen junge BerufsanfängerInnen noch nicht über ausreichend einschlägige Praxiserfahrungen. Ziel des Workshop war es, Wege aufzuzeigen, wie HochschulabsolventInnen die Hürden für einen Einstieg in dieses Berufsfeld überwinden und beruflich im Feld des ZFD Fuß fassen können.

Die DSF lud zu diesem Zweck VertreterInnen verschiedener Einrichtungen und Organisationen, die im Bereich des ZFD tätig sind, nach Tübingen ein. Nach einem Gruß-

wort von Prof. Dr. Volker Rittberger, Vorsitzender der Deutschen Stiftung Friedensforschung und Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen/ Friedens- und Konfliktforschung des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen gab Anna Ammann von der Akademie für Konflikttransformation im Forum Ziviler Friedensdienst einen Überblick über das Berufsfeld Ziviler Friedensdienst und die in Deutschland angesiedelten Entsendeorganisationen.



Die folgenden ReferentInnen stellten jeweils ihre Organisationen sowie typische Tätigkeits- und Qualifikationsprofile von Friedensfachkräften vor und gaben Hinweise für Berufseinsteiger. Als VertreterInnen von qualifizierenden Einrichtungen für Friedensfachkräfte referierten Carmen Wicharz von der Akademie für Konflikttransformation im Forum Ziviler Friedensdienst und Jens Behrendt, Leiter der Einheit Rekrutierung im Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF). Einen Einblick in die Tätigkeitsfelder von Friedensfachleuten in der

Entwicklungszusammenarbeit gab Dr. Matthias Ries, Leiter der Fachgruppe „Zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung“ beim Deutschen Entwicklungsdienst (DED). Zum Thema „Arbeit von kirchlichen Diensten und Friedensarbeit in Konfliktgebieten“ stellte Claudia Frank den internationalen christlichen Friedensdienst bei „Eirene“ vor. Christina Schmidt von der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V. (AGEH) und Steffen Emrich von World Vision e.V. rundeten das Programm mit ihren Vorträgen zur Arbeit von Organisationen mit konfliktsensiblen Aufgabengebieten ab. In einem Schlusswort fasste Dr. Thomas Nielebock, Akademischer Oberrat am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen, die zentralen Ergebnisse zusammen. Moderiert wurde der Workshop von Alexandra Rohde, Studentin des Masterstudiengangs „Friedensforschung und internationale Politik“ am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen.

Dank der umfangreichen und anschaulichen Präsentationen der ReferentInnen haben die TeilnehmerInnen des Workshops nicht nur ausführliche Kenntnisse über den ZFD erlangen können, sondern darüber hinaus klare Vorstellungen über die Arbeit von Friedensfachkräften und Einstiegsmöglichkeiten in dieses Berufsfeld erhalten. Der Workshop bot den Studierenden und Lehrenden der Friedens- und Konfliktforschung einen geeigneten Rahmen, sich im Gespräch mit ausgewiesenen ExpertInnen des ZFD über die praktische Friedensarbeit zu informieren. Obgleich der Einstieg in die Friedensarbeit aus der Sicht der HochschulabsolventInnen sehr anspruchsvoll ist, gibt es Wege, beruflich im Feld des ZFD Fuß zu fassen. Deutlich wurde, dass Studierende, die sich für eine Tätigkeit im ZFD entscheiden, ihre Ausbildung möglichst frühzeitig – etwa durch einschlägige Praktika, ehrenamtliches Engagement oder Auslandsaufenthalte – auf diesen Bereich ausrichten müssen, um beruflich in den ZFD einsteigen zu können.

Darüber hinaus ermöglichte der Workshop den VertreterInnen der Ausbildungs- und Entsendeorganisationen, mit dem friedenswissenschaftlichen Nachwuchs in Kontakt zu treten. Ein kontinuierlicher Austausch zwischen Trägerorganisationen und universitären Ausbildungsstätten könnte langfristig einen Beitrag dazu leisten, qualifizierten Nachwuchs für die Arbeit als Friedensfachkraft zu motivieren und gezielter für die professionelle Friedensarbeit auszubilden. Nicht zuletzt auch, um den akuten Fachkräftemangel im ZFD zu beheben, sollte daher darüber nachgedacht werden, Veranstaltungen dieser Art mit einer gewissen Regelmäßigkeit fortzusetzen.

7 Podiumsdiskussion „Zivilisten an die Front? – Anspruch und Wirklichkeit ziviler Konfliktbearbeitung.“

(Benjamin Boy & Anne Romund)

Die Podiumsdiskussion am 23.11.2007 im Gemeindehaus Lamm bildete den Abschluss der zweiwöchigen Veranstaltungsreihe im Rahmen der Ausstellung „Frieden braucht Fachleute“ in Tübingen. Die Diskussion widmete sich dem Thema „Zivile Konfliktbearbeitung“ (ZKB) und ihren Möglichkeiten und Grenzen, sowie der Erörterung, ob und inwieweit zivile Konfliktbearbeitung in Krisenregionen in Kooperation mit dem Militär notwendig oder wünschenswert ist. Das Publikum beteiligte sich intensiv mit Fragen und Diskussionsbeiträgen.

Der Moderator *Dr. Till Rüger vom Bayerischen Rundfunk*, der zeitweilig als Korrespondent auf dem Balkan und im Nahen Osten tätig war, begrüßte alle Podiumsteilnehmer und das Publikum. Nach einer Vorstellungsrunde wurden zunächst Potenziale und Herausforderungen der Zivilen Konfliktbearbeitung dargelegt.



Botschafter Friedrich Däuble, Beauftragter für Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung im Auswärtigen Amt, sah in der ZKB ein zentrales Element der deutschen Außenpolitik. Ihr Grundstein sei im Jahr 2004 von der rot-grünen Bundesregierung mit der Verabschiedung des Aktionsplans „Zivile Krisenprä-

vention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ gelegt worden. Dieses Dokument habe auch in der Großen Koalition weiterhin Gültigkeit. Die ZKB stehe gegenwärtig jedoch vor zwei großen Herausforderungen. Erstens müsse sie stärker als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe von Auswärtigem Amt (AA), Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) etabliert werden, anstatt Konkurrenzkämpfe zwischen den Ministerien auszulösen. Zweitens sollte der im Aktionsplan ausdrücklich geforderte Dialog mit der Zivilgesellschaft ausgebaut werden.

Auch *Rainer Arnold, MdB und verteidigungspolitischer Sprecher der SPD*, äußerte, dass die Kommunikationsschwierigkeiten der Ministerien auch zu Problemen bei der

Koordination von Auslandseinsätzen in internationalen Konflikten führten. Der ZKB komme eine steigende Bedeutung bei der Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften zu. Militärische Einheiten könnten allein keinen wirklichen „Frieden“ schaffen. SoldatInnen seien vielmehr „Helfer“ im Nation-Building-Prozess. Die Frage, ob „Zivilisten an die Front?“ gehen sollten, beantwortete Rainer Arnold daher eindeutig positiv.

Arbeitsteilung zwischen Bundeswehr und Zivilen Fachkräften

Für die Tatsache, dass BundeswehrsoldatInnen in Auslandseinsätzen zunehmend auch zivile Aufgaben übernehmen, nannte Rainer Arnold zwei Gründe: Erstens wollten SoldatInnen der Zivilbevölkerung in einer Nachkriegsgesellschaft helfen und sich über die Herstellung von Sicherheit hinaus engagieren. Zweitens sei es auch Imagepflege, denn wenn ausländische SoldatInnen von der Zivilbevölkerung nicht als Gegner, sondern als Helfer angesehen würden, diene dies ihrer eigenen Sicherheit.

Dr. Andreas Heinemann-Grüder vom Internationalen Konversionszentrum in Bonn (BICC) sprach den erweiterten Sicherheitsbegriff und die sich daraus ergebende Problematik an, dass die Grenzziehung zwischen zivilen und militärischen Aufgaben zunehmend verschwimme. Das Militär sei dadurch teilweise nicht mehr als solches identifizierbar und zivile AufbauhelferInnen könnten dadurch zusätzlich gefährdet sein. In Kampfgebieten sieht er daher inzwischen einen Trend, diese Unklarheit zwischen militärischem und zivilem Einsatz wieder aufzuheben.

Steffen Emrich, ehemalige Friedensfachkraft beim christlichen Friedensdienst Eirene, sprach sich für eine klare und sichtbare Trennung der militärischen und zivilen Einsatzkräfte aus. Die Funktion der Bundeswehr sei „military protection“ und eben nicht die Übernahme ziviler Aufgaben. Spontanes Helfen von Seiten der SoldatInnen sei zwar gut gemeint, stelle aber nicht zwangsläufig eine nachhaltige Friedensarbeit dar, sondern könne sogar Schaden anrichten. Oft würden SoldatInnen die lokalen Erfordernisse nicht so gut kennen wie zivilgesellschaftliche Gruppen, die längerfristig vor Ort sind. Die SoldatInnen wüssten nicht, wessen Haus sie gerade wiederaufbauen und ob sie dadurch soziale Strukturen in den Gemeinden negativ beeinflussen. Deshalb plädierte er für eine klare Distanz zwischen zivilem Wiederaufbau und militärischem Schutz.

Eine strikte Arbeitsteilung zwischen der Bundeswehr und Zivilen Fachkräften aufrechtzuerhalten, sei allerdings vor Ort nicht einfach, betonte Steffen Emrich. Er persönlich versuche, im Einsatzgebiet die Trennung sichtbar zu machen, indem er z.B. nicht in Militärfahrzeugen mitfahre.

Dr. Matthias Ries, Leiter der Fachgruppe „Zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung“ beim Deutschen Entwicklungsdienst (DED) unterstrich die Forderung, dass die Bundeswehr die ihr zugewiesenen Aufgaben erfüllen sollte – nämlich mit militärischen Mitteln Sicherheit zu schaffen. Da die Menschen vor Ort mit SoldatInnen Gewalterfahrungen in Verbindung bringen würden, sei es für diese viel schwieriger, Vertrauen zur Zivilbevölkerung aufzubauen, als es bei Friedensfachleuten der Fall sei. Der Zivile Friedensdienst verpflichte sich daher der Allparteilichkeit und Gewaltfreiheit. Außerdem sollten Friedensfachleute versuchen, keine Vermischung mit dem Militär stattfinden zu lassen, da sie ihren „Arbeitsauftrag“ ausdrücklich von der Zivilgesellschaft erhalten.

Botschafter Friedrich Däuble äußerte Zweifel daran, dass die faktische Vermischung vor Ort zu verhindern sei. Die Realitäten würden sich verändern, was am Beispiel Bosnien zu sehen sei. Nach Beendigung des Krieges rücke das zivile Engagement mehr in den Vordergrund und militärische und zivile Einsatzkräfte verfolgten dann die gleichen Ziele, so dass eine Zusammenarbeit sinnvoll sei. Dr. Andreas Heinemann-Grüder stellte dagegen in Frage, ob zivile und militärische Kräfte tatsächlich die gleichen Ziele verfolgten. Die Zieldebatte werde seines Erachtens zu wenig oder gar nicht geführt. Auch Steffen Emrich unterstrich, dass die Mittel und Instrumente von militärischen und zivilen Einsatzkräften sehr unterschiedlich seien.

Vorteile zivilen Engagements

Dr. Matthias Ries sah die Vorteile von zivilen Friedenskräften vor allem in der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort, wobei jedoch traditionelle Mechanismen der Konfliktregelung beachtet würden und Dialogprozesse auf allen Ebenen unterstützt werden müssten. Steffen Emrich hob als einen Vorteil von Friedensfachleuten hervor, dass sie einen besseren Zugang zur lokalen Zivilgesellschaft hätten als staatliches ziviles Personal wie etwa Polizisten, die von der Bundesregierung bereitgestellt würden.

Auch Botschafter Friedrich Däuble betonte den Vorteil der relativen Autonomie der zivilen Seite bei der Auswahl ihrer Partner gegenüber Staaten, die hierbei geringere Spielräume hätten. Die Wirkung zivilgesellschaftlichen Engagements entfalte sich zwar langsamer, werde sich langfristig aber durchsetzen. Er identifiziere in Deutschland einen Trend zur Förderung der ZKB, da auch die Mittel für zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung im Auswärtigen Amt erhöht worden seien. Der Zivile Friedensdienst als Initiative der Zivilgesellschaft würde von der Bundesregierung akzeptiert und unterstützt.

Grenzen und Probleme zivilen Engagements in Krisenregionen

Trotz der Vorteile ziviler Einsatzkräfte wies Rainer Arnold auf deren Grenzen vor allem in umkämpften Gebieten hin. Er freue sich, dass die Debatte nicht mehr so ideologisch geführt werde, wie vor acht oder neun Jahren. Viele Fachkräfte begrüßten inzwischen die zivil-militärische Zusammenarbeit. Es hänge jedoch immer von den Herausforderungen im jeweiligen Land und von der Konfliktphase ab, ob das zivile Element überhaupt sinnvoll sei. Eine Reduzierung des Budgets für das Militär, wie von manchen Friedensaktivisten gefordert, sei keine Option, weil die Sicherheitslage in den Einsatzländern wie z.B. Afghanistan zu prekär sei. In Bosnien hingegen sei es möglich, Sicherheit mit PolizistInnen herzustellen. Oft fehle es jedoch aus mangelnder Bereitschaft oder unzureichenden finanziellen Mitteln an qualifiziertem Personal. Er betonte, dass ziviles und militärisches Engagement gleichermaßen gestärkt werden müssten. Der Einsatz von SoldatInnen allein sei keine „nachhaltige“ Strategie, aufgrund ihrer schnellen Einsatzbereitschaft aber in Gewaltkonflikten genauso notwendig wie nachhaltiges ziviles Engagement. Friedens-



fördernde zivile Instrumente passten seiner Meinung nach nicht in umkämpfte Gebiete, da die Konfliktlage oft zu komplex und gefährlich sei. Dr. Andreas Heinemann-Grüder gab außerdem zu Bedenken, dass eine Intervention in einer Krisenregion eine hohe Verantwortung mit sich bringe. Er sei sich nicht sicher, ob NGOs bereit seien, sich dieser Verantwortung zu stellen.



Ein gravierendes Problem stelle die Finanzierung der zivilen Kräfte dar, fand Steffen Emrich. Wenn Entwicklungs- und Friedensorganisationen aufgrund ihrer Abhängigkeit von Spenden oder Fördergeldern ein Krisenland verließen/verlassen müssten, bliebe häufig nichts von ihrer Arbeit übrig. Der Zivile Friedensdienst, der über keine großen Ressourcen verfügt, verfolge deshalb eher die Strategie, Partner vor Ort zu unterstützen und Friedensprozesse in Gang zu bringen, statt sie selbst zu leiten.

Der Zufluss von Spenden für Hilfsorganisationen, so Steffen Emrich, sei immer abhängig von der medialen Aufmerksamkeit für einen Konflikt. Außerdem müssten sich nichtstaatliche Entwicklungsorganisationen an den Förderrichtlinien der Europäischen Union (EU) oder des BMZ orientieren, die bestimmte Schwerpunktländer vorgeben. Botschafter Friedrich Däuble stimmte zu, dass nichtstaatliche Organisationen keine frei einsetzbaren Gelder zur Verfügung hätten, sondern Förderungsanträge an das Ministerium stellen müssten, die in den vorgegebenen politischen Rahmen passen.

Dr. Andreas Heinemann-Grüder merkte kritisch an, dass NGOs allzu häufig „Kriegsgewinnler“ darstellten, wenn sie Teil des „Interventionsmechanismus“ geworden seien. Da Spenden solange fließen, wie in einer Region Konflikte herrschen, bilde sich ein regelrechtes Entwicklungshilfe-Business aus, das mit Altruismus wenig zu tun habe.

Chancen und Probleme von ziviler Krisenprävention

Eine wichtige Rolle in der Debatte über ziviles Engagement spielte die präventive Wirkung der Einsätze. Rainer Arnold nannte Mazedonien als Beispiel für eine erfolgreiche Prävention. Dort sei der Gewaltausbruch verhindert worden.

Steffen Emrich betonte ebenfalls die präventive Stärke des zivilen Engagements, die im Diskurs über die ZKB zu kurz komme. Trotz anfänglicher Fehler in der Entwicklungszusammenarbeit gebe es viele Erfahrungswerte von Fachleuten, die genutzt werden müssten. Er bemängelte jedoch, dass die öffentliche Wahrnehmung über Mittel entscheide, wodurch es an finanzieller Unterstützung für „vergessene Krisen“ und vor allem an deren Prävention fehle. Dr. Matthias Ries stimmte ihm zu, dass die zivile Krisenprävention intensiviert werden müsse, auch wenn ihre Finanzierung aufgrund von mangelnder Medienwirksamkeit Probleme bereite. Es gebe schon ausgearbeitete „lessons-learned Ansätze“ der ZKB, die unter Berücksichtigung kultureller Unterschiede auch auf andere Krisenregionen angewendet werden könnten. Vor allem der

Vorteil, ein akteurübergreifendes Instrument (staatlich – nicht-staatlich) aufzubauen, sollte nicht unterschätzt werden.

Dr. Andreas Heinemann-Grüder machte auf die geringen Spielräume aufmerksam, die sich aufgrund der Staatensouveränität für präventive Interventionen ergeben. Botschafter Friedrich Däuble erhoffte sich ebenfalls mehr Sensibilität für Prävention. Das Angebot könne von der Politik trotz eines Defizits im Bewusstsein der Öffentlichkeit erzeugt werden. Er gab allerdings zu bedenken, dass die Ergebnisse einer „Early Warning“ oder „Early Action“ große Folgen für bilaterale Staatenbeziehungen haben könnten, weshalb man vorsichtig dabei vorgehen müsse. Die Entwicklungsorganisationen hätten hier den Vorteil, unpolitischer tätig werden zu können als die Bundesregierung. Es gebe zwar nachrichtendienstliche Länderberichte, Early Warning sei aber nicht erfolgreich, wenn es in der Bundesregierung keinen Konsens über die Dringlichkeit gebe.

Bundeswehreinsatz in Afghanistan

Rainer Arnold meinte, dass es in Afghanistan offensichtlich sei, dass man eine neue Strategie benötige; er gab aber auch zu bedenken, dass der Einsatz dort ein lernendes Projekt sei. Das Land brauche einen funktionierenden Sicherheitsapparat, da das eigene Militär und die Polizei dazu (noch) nicht in der Lage sei. Der Staat sei völlig zerfallen und brauche deshalb die ausländischen Truppen. Alle militärischen Fachleute sagten, dass man ohne weitere militärische Mittel das Land nicht in den Griff bekomme. Er sieht die derzeitige Intervention als „Zeitfenster“, um eine afghanische Polizei und Militär aufzubauen.

Problematisch sei jedoch, dass in den Missionen 37 Länder zusammenarbeiteten, die sich nicht auf eine einheitliche Strategie einigen könnten. Es ginge nicht, dass alle die Verantwortung auf andere abschieben würden und sich am Ende keiner bewege. Der Vorwurf aus dem Publikum, Deutschland sei eine „Kriegspartei“ sei absurd, denn gerade Deutschland würde von der afghanischen Bevölkerung als seriös wahrgenommen. Man kenne die Kultur und würde z.B. auch beim Aufbau von Moscheen helfen. Es gebe kein Interesse daran, länger als nötig dort zu bleiben.

Botschafter Friedrich Däuble erwiderte, dass es in der internationalen Gemeinschaft sehr wohl ein abgestimmtes Konzept über die Ziele in Afghanistan gebe. Dazu gehörten die Einrichtung guter Regierungsführung, die Demokratisierung, die Herrschaft des Rechts („rule of law“), die Stabilisierung des Staates sowie die Sicherheitssektorereform zur Ausbildung von Polizei und Streitkräften. Die Bemühungen, Soldaten im Land für VN-Missionen auszubilden, leiste zudem einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Gewaltausbrüchen.

Dr. Andreas Heinemann-Grüder rief in Erinnerung, dass die Internationale Schutztruppe ISAF sehr wohl mit militärischen Mitteln in Afghanistan kämpfe. Es gehe dort um ein Gesellschaftsmodell, das durchgesetzt werden soll, nämlich das der Demokratie. Das Ziel der militärischen Operationen sei ein „Siegfrieden“ über die Taliban.

Rainer Arnold hingegen äußerte Zweifel daran, dass ein Siegfrieden in Afghanistan möglich sei und es eindeutige Gewinner und Verlierer geben werde. Die Taliban wüssten sehr gut, dass sie nicht „siegen“ könnten. Es ginge den internationalen Truppen darum, Stabilität und Sicherheit in Afghanistan zu schaffen, nicht darum, dem Land ein westliches Demokratiemodell überzustülpen. Das Hauptproblem bei der Interven-

tion in Afghanistan sei die Uneinigkeit der Interventionsstaaten z.B. über die Grenzen des Einsatzes oder die Souveränität des betroffenen Staates.

Dr. Andreas Heinemann-Grüder fragte sich, warum es in Afghanistan keine Verbesserung der Sicherheitslage gebe, sondern sie sich sogar verschlechtert habe. Trotz hoher Geldsummen und hohen Aufwands seien so wenige Erfolge zu vermelden. Er fragte sich, wie ein Verhandlungsfrieden, statt eines Siegfriedens denn aussehen könnte? Sollten alle wichtigen Akteure an der Macht beteiligt werden in einer Art „Konkordanzregime“? Wer seien denn die „wichtigen“ Akteure? Ein Konkordanzregime könne nur von kurzer Stabilität sein. Wäre statt dessen eine Nord-Süd-Spaltung die Lösung? Gegenwärtig werde der umkämpfte Süden „immer größer“, auch der noch friedliche Norden bekomme vermehrt Sicherheitsprobleme. Botschafter Friedrich Däuble warf ein, dass ein Verhandlungsfrieden auf der afghanischen Verfassung basieren müsse. Wer diese nicht akzeptiere, könne nicht am politischen Prozess teilnehmen. Demokraten hingegen könnten sich beteiligen.

Abschlussstatements mit Blick auf die Zukunft der zivilen Konfliktbearbeitung

Steffen Emrich wünschte sich eine Stärkung von und mehr Aufmerksamkeit für die ZKB, eine bessere Koordination von Institutionen in der ZKB und gemeinsame Strategien sowie eine Professionalisierung bei Early Warning. Das gesamte Segment von ZKB und Entwicklungszusammenarbeit müsse ausgebaut werden, meinte Rainer Arnold, was nur durch eine verstärkte ressortübergreifende Zusammenarbeit geschehen könne. Der von vielen vertretene Idealismus im Bereich Verteidigungspolitik sei wünschenswert, treffe aber auf Grenzen in der Kriegsrealität.

Dr. Andreas Heinemann-Grüder befürwortete eine Rückkehr zum engen Sicherheitsbegriff, denn der Begriff „menschliche Sicherheit“ umfasse alles und helfe damit nichts und niemandem. Humanitäre Interventionen sollten auch von „Koalitionen der Willigen“ ausgeführt werden können, die nicht darauf warten, ob der UN-Sicherheitsrat irgendwann auf eine Krise aufmerksam wird. Er wünschte sich im Vorfeld von Interventionen mehr Koordination, auch zwischen Zivilgesellschaft und Friedensforschern.

Dr. Matthias Ries äußerte, dass ziviles Engagement mehr Gehör im internationalen Diskurs finden sollte. Vor allem das deutsche Engagement sei in dieser Hinsicht vorbildlich. Die Vielfalt der Organisationen der ZKB biete große Möglichkeiten. Zivile Dienste arbeiteten zwar manchmal ähnlich, seien aber unabhängiger von Staaten. Die finanzielle Ausstattung des ZFD



müsse aber noch verbessert werden und in der eigenen Gesellschaft als sinnvoll anerkannt sein. Botschafter Friedrich Däuble sprach sich außerdem für eine Stärkung des Zivilen Friedensdienstes aus. Er wünschte sich ein „Primat des Zivilen“. Der Fokus müsse verstärkt auf den Ursachen von Konflikten liegen. Außerdem hoffte er darauf, dass der Bundestag in Zukunft für Zivile Konfliktbearbeitung mehr Mittel bewillige.

TÜBINGER ARBEITSPAPIERE
ZUR INTERNATIONALEN POLITIK UND FRIEDENSFORSCHUNG

- Nr. 1 Mirek, Holger / Nielebock, Thomas / Rittberger, Volker 1985 (überarbeitet 1987): Atomwaffenfreiheit - Instrument einer anderen Friedenspolitik (vergriffen).
- Nr. 2 Rittberger, Volker / Werbik, Hans 1986: „Gemeinsame Sicherheit“ im Ost-West-Konflikt? - Polyzentrisches Sicherheitssystem und friedliche Ko-Evolution in Europa (vergriffen).
- Nr. 3 Wolf, Klaus Dieter / Zürn, Michael 1986: International Regimes und Theorien der internationalen Politik (vergriffen).
- Nr. 4 Rittberger, Volker 1986: “Peace Structures“ through International Organizations and Regimes (vergriffen).
- Nr. 5 Rittberger, Volker / Wolf, Klaus Dieter 1987 (überarbeitet 1988): Problemfelder internationaler Beziehungen aus politologischer Sicht.
- Nr. 6 Efinger, Manfred 1987: Verifikation und Rüstungskontrolle (vergriffen).
- Nr. 7 List, Martin 1988: Internationale Beziehungen und Weltgesellschaft.
- Nr. 8 Rittberger, Volker / Efinger, Manfred / Mandler, Martin 1988: Confidence- and Security-Building Measures (CSBM): An Evolving East-West Security Regime? (vergriffen).
- Nr. 9 Zürn, Michael 1989: Geschäft und Sicherheit. Das CoCom-Regime und Theorien über Kooperation in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen (vergriffen).
- Nr. 10 Schimmelfennig, Frank 1989: Interventionistische Friedenspolitik in den West-Ost-Beziehungen. Annäherung an eine Strategie zur Förderung von Demokratisierungs- und Entmilitarisierungsprozessen in Osteuropa.
- Nr. 11 Rittberger, Volker / Zürn, Michael 1989: Towards Regulated Anarchy in East-West Relations - Causes and Consequences of East-West Regimes (vergriffen).
- Nr. 12 Hummel, Hartwig 1990: Sayonara Rüstungsexporte - Die Beschränkung des Rüstungsexports in Japan als friedenspolitisches Modell.
- Nr. 13 Beller, Ekkehard / Efinger, Manfred / Marx, Katja / Mayer, Peter / Zürn, Michael 1990: Die Tübinger Datenbank der Konflikte in den Ost-West-Beziehungen.

- Nr. 14 Schrogl, Kai-Uwe 1990: Die Begrenzung konventioneller Rüstung in Europa. Ein regimeanalytisches Konfliktmodell.
- Nr. 15 Schwarzer, Gudrun 1990: Weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung. Konfliktanalyse eines internationalen Umweltproblems (vergriffen).
- aktuell Arbeitsgruppe Friedensforschung 1991 (Hg.): Analysen zum Golf-Krieg (vergriffen).
- Nr. 16 Efinger, Manfred 1991: Rüstungssteuerung und Verifikation in der Zwischenkriegszeit.
- Nr. 17 Breitmeier, Helmut 1992: Ozonschicht und Klima auf der globalen Agenda (vergriffen).
- Nr. 18 Weller, Christoph 1992: Feindbilder und ihr Zerfall. Eine Analyse des Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion (vergriffen).
- Nr. 19 Billing, Peter / Kittel, Gabriele / Rittberger, Volker / Schimmelfennig, Frank 1992: State Properties and Foreign Policy. Industrialized Countries and the UNESCO Crisis.
- Nr. 20 Kittel, Gabriele 1993: Demokratische Außenpolitik als Voraussetzung der Friedensfähigkeit von Demokratien. Eine Untersuchung am Beispiel der "war powers" in den USA.
- Nr. 21 Schimmelfennig, Frank 1993: Arms Control and the Dissolution of the Soviet Union. Regime Robustness and International Socialization.
- Nr. 22 Rittberger, Volker 1993: Die Vereinten Nationen: Kristallisationspunkt weltstaatlicher Autorität oder Instrument hegemonialer Mächte? (vergriffen).
- Nr. 23 Schmitz, Hans Peter 1994: Struktureller Konflikt? Die Debatte um die Neue Weltinformations- und -kommunikationsordnung. Neorealistische Hypothesen zum Nord-Süd-Verhältnis.*
- Nr. 24 Kittel, Gabriele / Rittberger, Volker / Schimmelfennig, Frank 1995: Between Loyalty and Exit. Explaining the Foreign Policy of Industrialized Countries in the UNESCO Crisis (1978-87).*
- Nr. 25 Hasenclever, Andreas / Mayer, Peter / Rittberger, Volker 1996: Justice, Equality, and the Robustness of International Regimes. A Research Design (vergriffen).*
- Nr. 26 Hasenclever, Andreas / Nielebock, Thomas / Schimmelfennig, Frank (Hg.) 1996: Sovereignty, International Democracy and the United Nations.*

- Nr. 27 Schimmelfennig, Frank 1996: Legitimate Rule in the European Union. The Academic Debate.*
- Nr. 28 Rittberger, Volker / Schimmelfennig, Frank 1997: Deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. Realistische Prognosen auf dem Prüfstand. Ein Tübinger Projekt (vergriffen).*
- Nr. 28a Rittberger, Volker / Schimmelfennig, Frank 1997: German Foreign Policy after Unification. A Re-Examination of Realist Prognoses. A Tübingen-Based Project.*
- Nr. 29 Hasenclever, Andreas / Mayer, Peter / Rittberger, Volker 1997: Regimes as Links between States: Three Theoretical Perspectives.*
- Nr. 30 Baumann, Rainer / Rittberger, Volker / Wagner, Wolfgang 1998: Macht und Machtpolitik: Neorealistische Außenpolitiktheorie und Prognosen für die deutsche Außenpolitik (vergriffen).*
- Nr. 30a Baumann, Rainer / Rittberger, Volker / Wagner, Wolfgang 1998: Power and Power Politics: Neorealist Foreign Policy Theory and Expectations about German Foreign Policy since Unification.*
- Nr. 31 Hasenclever, Andreas / Mayer, Peter / Rittberger, Volker 1998: Fair Burden-Sharing and the Robustness of International Regimes: The Case of Food Aid.*
- Nr. 32 Breitmeier, Helmut / Rittberger, Volker 1998: Environmental NGOs in an Emerging Global Civil Society.*
- Nr. 33 Bienen, Derk / Freund, Corinna / Rittberger, Volker 1999: Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik: Die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus.*
- Nr. 33a Bienen, Derk / Freund, Corinna / Rittberger, Volker 1999: Societal Interests, Policy Networks and Foreign Policy: An Outline of Utilitarian-Liberal Foreign Policy Theory.*
- Nr. 34 Boekle, Henning / Rittberger, Volker / Wagner, Wolfgang 1999: Normen und Außenpolitik: Konstruktivistische Außenpolitiktheorie.*
- Nr. 34a Boekle, Henning / Rittberger, Volker / Wagner, Wolfgang 1999: Norms and Foreign Policy: Constructivist Foreign Policy Theory.*
- Nr. 35 Hasenclever, Andreas / Rittberger Volker 1999: The Impact of Faith: Does Religion Make a Difference in Political Conflict?*

- Nr. 36 Hasenclever, Andreas / Mayer, Peter / Rittberger, Volker 2000: Is Distributive Justice a Necessary Condition for a High Level of Regime Robustness?*
- Nr. 37 Rittberger, Berthold 2001: Demokratie und Frieden in Europa I – Welche Verfassungsordnung für Europas „erste Gemeinschaft“?*
- Nr. 38 Hasenclever, Andreas 2001: Demokratie und Frieden in Europa II – Europa und der demokratische Frieden.*
- Nr. 39 Reiber, Tatjana 2002: Die Bedeutung der Art der Konfliktbearbeitung für die Befriedung von Bürgerkriegsgesellschaften am Beispiel von Angola und El Salvador.*
- Nr. 40 Mayer, Peter / Rittberger, Volker / Zelli, Fariborz 2003: Risse im Westen? Betrachtungen zum transatlantischen Verhältnis heute.*
- Nr. 40a Mayer, Peter / Rittberger, Volker / Zelli, Fariborz 2003: Cracks in the West? Reflections on the Transatlantic Relationship today (nur online verfügbar).*
- Nr. 41 Rittberger, Volker / Zelli, Fariborz 2003: Europa in der Weltpolitik: Juniorpartner der USA oder antihegemoniale Alternative?*
- Nr. 42 Rittberger, Volker / Zelli, Fariborz 2004: Die Internationalisierung der Universität im Lichte ihrer Lehre.*
- Nr. 43 Rieth, Lothar / Zimmer, Melanie 2004: Transnational Corporations and Conflict Prevention: The Impact of Norms on Private Actors.*
- Nr. 44 Binder, Martin 2004: Der Einsatz von Söldnerfirmen durch gewählte Regierungen - eine „Antinomie des Demokratischen Friedens“?*
- Nr. 45 Senghaas, Dieter 2005: Zur Eröffnung des Masterstudiengangs „Friedensforschung und Internationale Politik“. Moderne und Antimoderne angesichts kultureller Globalisierung. Plädoyer für einen zeitgemäßen, jedoch geschichtsbewussten Dialog.*
- Nr. 46 Rittberger, Volker 2005: Approaches to the Study of Foreign Policy Derived from International Relations Theories.*
- Nr. 47 De Juan, Alexander 2006: Vom aggregierten und extrapolierten Weltfrieden – Plädoyer für einen integrierten Ansatz des demokratischen Friedens.*
- Nr. 48 Dembinski, Matthias / Freistein, Katja / Weiffen, Brigitte 2006: Form Characteristics of Regional Security Organizations - The Missing Link in the Explanation of the Democratic Peace.*

- Nr. 49 Zelli, Fariborz 2007: The Provision of Conflicting Public Goods - Incompatibilities among Trade Regimes and Environmental Regimes.*
- Nr. 50 Hörter, Michael 2007: Das ambivalente Konfliktverhalten islamischer Bewegungen. Ein Vergleich zwischen den Khudai Khidmatgars und der Hamas.*
- Nr. 51 *Frieden braucht Fachleute* – Dokumentation zum Begleitprogramm der Ausstellung in Tübingen im November 2007.*

* Zum Download verfügbar unter: <http://www.uni-tuebingen.de/uni/spi/tapliste.htm>